

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telephon Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Postteile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 286.

Dienstag, den 7. Dezember 1915.

22. Jahrg.

## Auf der Hochseeflotte.

11.

den 21. November 1915.

Der Anblick der modernen riesigen Kriegsschiffe ist ein imponierender, wenn man sie im Hafen liegen sieht oder daran vorbeifährt. Von den ungeheuren Ausmaßen erhält man jedoch erst den rechten Begriff, wenn man an Bord steht und noch mehr, wenn man vom Kommandantenturm mit seinen dicken Panzerwänden abwärts die Wohnabteilungen, die Kajematten mit ihren Geschützen, die Maschinen- und Kesselräume, die Werkstätten, Munitionskammern, Vorratsräume und schließlich die blitzblanken Räume durchwandert, von denen aus die verderbenbringenden Torpedos in die Fluten hinausgeschickt werden. In einem Tage würde man freilich damit nicht fertig, wenn man jedem Raum einen wenn auch nur ganz kurzen Besuch abstatten wollte. Als ich den Fuß auf das Deck des großen Kreuzers setzte, wimmelte es unter den riesenlangen Geschützrohren, die drohend aus den dicken Panzertürmen hervorragten, von Menschen, weil ein Appell (Musterung) stattfand. Über tausend Männer tum auf dem Schiffe den harten Kriegsdienst; nur ein Bruchteil davon sind einberufene Reservisten und Seewehrsleute. Manche gewohnte Fahrt zu fernem, feindlichen Küsten haben sie hinter sich. Englische und russische Befestigungsanlagen wurden mit Granaten von ihnen bedacht. Mit Stolz zeigt man dem Laien kaum merkbare Spuren, die ein feindliches Geschöß hinterließ. Der Sachschaden war damals ganz gering, als der Feind den Zufallsstreifer erzielte, und von der Befehlsführung wurde keinem Manne die Haut geritzt.

Im vorderen Schiffsteil, wo sich die Wohnräume der Offiziere befinden, habe ich in der Kammer des Flaggen-Unterschwärms für einige Tage mein Quartier aufgeschlagen. Sprünge sind darin nicht zu machen. Drei kleine Schritte kann ich nach jeder Richtung tun. Eisenblech ohne jeden Anstrich bildet die Wände, das Schiffsdeck ist das Dach. Ein Schreibtisch, ein eigener Stuhl, zwei Wandschränke und eine Waschvorrichtung aus Eisen, sowie das einfache Bett mit Wolldecke bilden die ganze Ausstattung. Alles, was splintern oder brechen könnte, wenn feindliche Geschöße einschlagen, ist bei Kriegsbeginn vom Schiff entfernt worden. Beweglich ist in meiner Kammer nur das Geländer von Eisen am Bett, das man hochklappt, um bei bewegter See nicht vom Lager zu fallen. Bei jedem Kommando sind auch die Wohnräume des Kommandanten und die Räume für den Admiral. In der Offiziersmesse war wie überall jede Wandbekleidung und jeder farbige Anstrich wegen der Brandgefahr entfernt worden. Erst in letzter Zeit hat man sich dazu verstanden, den greulich schimpfernden Wänden durch ein wenig Farbe wieder ein erträgliches Aussehen zu geben.

Besondere Wohnräume für die ganze Mannschaft auf einem Kriegsschiff zu schaffen, etwa nach Art der Mannschaftskabins in den Kreuzern, ist angesichts der großen Kopfhöhe und des sehr beschränkten Raumes ganz unmöglich. Wo überhaupt in irgend einem Teil des Schiffes soviel Platz bleibt, daß eine Hängematte angebracht werden kann, schlafen auch Leute. Bei der Bereitschaft, in der sich hier draußen die Befehlsführung jederzeit befinden muß, hat die Gestaltung der Schlafgelegenheiten zum Teil noch eine besondere Eigenart erfahren. Gewöhnung, besonders aber der schwere Dienst, der für die Müdigkeit sorgt, lassen die Leute in den merkwürdigsten Räumen und Winkeln und bei nicht geringen Geräuschen den Schlaf finden, der sie zu neuen Anstrengungen fähig macht.

Auch wenn die Schiffe der Hochseeflotte auf Vorposten sind, wie unser großer Kreuzer, der allen anderen Kampfschiffen jetzt weit vorliegt, ruht der Ausbildungsdienst niemals, sondern es wird ununterbrochen gearbeitet, damit die Leistung von Menschen und Material nicht sinkt, sondern womöglich noch gesteigert wird. Besonders an der Erhaltung und Erhöhung der artilleristischen Leistungsfähigkeit wird fortgesetzt gearbeitet. Bei meiner ersten Promenade an Deck hörte ich Schüsse fallen. Der Feind war aber weit entfernt. Im Westen fuhr ein kleiner Kreuzer, der bei dem ruhigen Wasser von seiner Pinasse eine Scheibe schleppen ließ, nach der gefeuert wurde. Bald darauf wurde es bei uns unter Deck lebendig in einer der Kajematten mit einer Batterie 15-Zentimeter-Geschütze. Freilich schaden die Rohre nicht ihre Granaten in die Ferne, sondern nur scharf und dünn war der Knall. In das Geschützrohr wird ein kleines Rohr eingefügt, aus dem geschossen werden kann nach der Scheibe, die von dem Motorboot geschleppt wird. Wie groß die Treffsicherheit ist, vermag man mit bloßem Auge zu sehen, da das Aufschlagen eines jeden Geschößes im Wasser zu beobachten ist.

Der trübe, rauhe Tag fand mit einem wunderbaren Sonnenuntergang seinen Abschluß. Während im Osten und nach Norden zu dicke, schwarze Wolkenwände standen, strahlte die sinkende Sonne aus hellem Firmament blutrot und zauberte auf der bewegten See wunderbare Farben hervor. Große weiße Löwen, die unser Schiff umkreisten, sahen zeitweise wie hellrot brennende Fackeln aus, wenn die Sonnenstrahlen sie trafen. Nach Nordwesten zu strebte hoch über unseren Köpfen hinweg ein großer Doppeldackel der Marine

mit Schwimmkäsen dem offenen Meere zu, um Auschau zu halten, ob nicht englische Schiffe sich zum Angriff heranwagen. Um 6 Uhr hatte das Abendessen in der Messe begonnen. Von den Vorstößen nach der englischen Küste wurden mir allerlei interessante Einzelheiten erzählt, über Episoden aus dem Gefecht bei Helgoland, berichtet von Offizieren, die daran auf dem kleinen tapferen „Frauenlob“ teilgenommen hatten. Es war 18 Uhr, als plötzlich das ganze Schiff von großem Lärm erfüllt schien. Aus einem Dugend Kehlen erscholl der Ruf „Alarm“ und blitzschnell stürzte jedermann zur Tür heraus, um auf seinen Posten zu eilen. Mich durchzuckte der Gedanke, ob es gleich am ersten Tage meines Aufenthaltes auf der Flotte ernst werde. Da raunte mir schon ein lebenswürdiger Nachbar, der vielgeschäftige Erste Offizier an Bord zu, daß es sich um einen Übungsalarm handle. Heraus eilte ich trotzdem aus der Messe. Weit kam ich aber vorerst nicht. Zuletzt hatte ich die Gänge im hellen Licht der elektrischen Lampen gesehen. Jetzt war alles Licht verschwunden. In der Hand des Navigationsoffiziers gelangte ich, wie, weiß ich nicht recht, über dunkle Treppen hinauf auf die hohe Kommandobrücke. Der Mond war gerade von Wolken bedeckt, grau war der Himmel, grau das an die Schiffswände schlagende Meer, düster grau ragte daraus das mächtige Schiff heraus, das bei dem mangelhaften Licht nicht zu übersehen war. Jede Luke war geschlossen, kein Schimmer hätte einem

Feinde den Weg gewiesen, kein Lampenstrahl das Ziel geboten. Nach wenigen Augenblicken waren die Decks menschenleer. Außer dem Kommandanten weikten außerhalb des Panzerdaches nur die wenigen Offiziere und Mannschaften auf der Brücke, über uns die Leute an den großen Scheinwerfern. Wenige Minuten hatten ausgereicht, jeden der tausend Mann auf seinen Posten zu bringen, das gewaltige Kriegsinstrument mit seinen Riesengeschützen, mittleren Kanonen und Torpedorohren schlagfertig zu machen, gewärtig des Winkes des ruhigen, straffen Kommandanten, der darüber zu gebieten hat.

Langst waren die Leute, die wachfrei hatten, zu ihren Hängematten gegangen, als wir noch immer auf der Kommandobrücke standen und in dunkler Nacht über politische Probleme und allerlei Kriegsfragen plauderten. In große Mäntel gehüllt, stand die Wachmannschaft auf ihren Posten, vom stärker werdenden Winde gezaust. Durch die scharfen Gläser schauten die Wachoffiziere in die dunkle Nacht hinaus. Als ich gegen 10 Uhr meiner Kammer zustrebte, schien der vordere Teil des Schiffes wie ausgestorben zu sein. In dem ganz spärlich erhellten Gange patrouillierte ein Posten. An den Maschinen und Geschützen aber wachten Hunderte von Männern, als ich in mein Bett trotz der ungewohnten Laute, die durch die Stahlwände weithin zu hören sind, längst den Schlaf gefunden hatte.

G. R o s t e.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kämpfe auf dem Balkan werden von den Verbündeten nunmehr immer mehr auf das montenegrinische resp. albanische Gebiet hinübergetragen. Oesterreichisch-ungarische Truppen nähern sich der montenegrinischen Stadt Tpet.

Die österreichisch-ungarische Flotte hat am Sonntag außerordentlich glücklich operiert. Sie hat ein französisches Unterseeboot und verschiedene italienische Schiffe, die an der albanischen Küste Kriegsmaterial löschen wollten, versenkt.

Der „New Statesman“ veröffentlicht einen Artikel über den Anteil Frankreichs und Englands am Kriege. Schon längere Zeit führte das Blatt eine rege Aussprache über den Anteil der einzelnen Länder an den Lasten des Krieges. In der letzten Nummer schreibt der in Paris wohnende Engländer Robert Dell:

„Frankreich hat jetzt seine sämtlichen Männer zwischen 18 und 48 Jahren unter den Waffen. Der Jahrgang 1897 wird bald ins Feld geführt und er wird 100 000 Männer stellen. Aus zuverlässigster Quelle erfahre ich, daß Frankreich bisher im Kriege 2 700 000 Mann an Toten, Verwundeten oder Gefangenen verloren hat, von welchen ungefähr zwei Millionen Mann kampfunfähig sind. Die Ziffer von 600 000 Toten ist niedrig gehalten. Aber nehmen wir einmal an, sie wäre richtig. Die Bevölkerung Frankreichs nimmt in gewöhnlichen Zeiten nur um etwa 300 000 Personen in fünf Jahren zu. Mit 600 000 Toten wird die Verminderung in fünf Jahren mindestens 300 000 Mann betragen. Ich halte sie für doppelt so groß.“

Die Lage nach dem Kriege wird keine Ermüdung für die Schaffung großer Familien bedeuten. Im übrigen ist die Sterblichkeit am stärksten bei den Männern unter 30 Jahren gewesen, und die übriggebliebenen werden wahrscheinlich körperlich und seelisch minderwertig geworden sein. Die Väter der nächsten Zukunft werden also größtenteils schwach oder krank sein. Was dies für das kommende Geschlecht Frankreichs bedeuten wird, ist klar. So steht es jetzt in Frankreich. Noch schlimmer wird es sein, wenn der Krieg noch ein halbes oder ein ganzes Jahr anhält. Erwartet ihr, fragt Dell die Redaktion, daß Frankreich noch zwei Millionen opfern wird? Soll es wirklich die Männer von 60 Jahren einberufen und sofern nicht, denkt ihr, daß Frankreich noch lange fünf Sechstel seiner westlichen Front mit einem Verlust von 15 000 Mann monatlich besetzen kann?

Dauert der Krieg noch lange, dann wird die Sorgenlast für die westliche Front, die bisher hauptsächlich auf den Schultern Frankreichs ruht, anderen Schultern auferlegt werden müssen: entweder England oder Japan. Aber unser Geschlecht wird voraussichtlich nicht allzu stolz darauf sein, daß das britische Reich sich durch Japan retten lassen müßte. Die

einzigste Möglichkeit ist, wenn England den Krieg fortsetzen will, so muß es die allgemeine Wehrpflicht einführen. Der Ausfuhrhandel Englands wird dadurch aufhören. Aber dies ist auch in Frankreich der Fall. Der Krieg muß gewonnen werden. Aber es ist wichtig, daß nicht die ganze männliche Bevölkerung Frankreichs ausgerotet wird. Ich kann Ihnen versichern, daß derartige Sorgen in ganz Frankreich besprochen werden.

Die Redaktion des „New Statesman“ antwortete darauf, daß sie die außerordentlichen Opfer, die Frankreich bringe, nicht unterschätze. Aber sie glaube nicht, daß ein merklicher Teil des französischen Volkes mit Dell einig sei. Englands Opfer würden im zweiten Kriegsjahr viel größer sein als im ersten. Was das kommende Geschlecht in Frankreich anbetreffe, so lasse sich innerhalb eines Menschenalters mit gutem Willen viel wieder ausgleichen. Dafür werde Deutschland zweifellos den Beweis liefern.

In der italienischen Kammer ist auch weiter noch schweres Geschick gegen die Regierung aufgeföhren worden. Der Sozialist Mazzoni betonte in einer Rede: „Die Regierung sagt uns, daß wir die Verbündeten Englands seien. Warum geht sie dann nicht in Sachen der Freiheit bei England in die Schule? In England veröffentlicht man zum Beispiel Listen der gefallenen Soldaten. Uns dagegen läßt die Regierung über alles im Dunkel, selbst über solche Dinge, die sich nicht direkt auf den Krieg beziehen. Man verschweigt uns sogar die Vorgänge in Tripolis. Was geht dort vor? Niemand erfährt etwas. Und dann diese Angst vor der Presse! Die Regierung sagt immer, das Volk sei stark, einig und seiner Sache sicher. Was fürchtet die Regierung da, daß die Presse Unheil stiften könne? Mazzoni spricht sodann von der Zensur, die sogar Artikel über die Lage der russischen Juden unterdrückt habe.“

„Am allerdummen ist die Zensur in Venedig.“  
Stimme: „Nein, in Rom.“  
Eine andere Stimme: „Nein in Mailand.“  
Zwischenrufe: „Sie ist überall gleich dumm.“

Mazzoni geißelt es darauf, daß die Polizei allabendlich in römischen Tingeltangels Giolitti in unflätigster Weise beschimpfen lasse.

„Wird ferner damit der Verzöhnung der Geister gedient, daß d'Annunzio dem Könige in einer Privataudienz eine Proklamation der kriegsfeindlichen Abgeordneten überreicht hat? Und als der „Avanti“ die Hotelerechnung veröffentlichte, die die Stadtasse Genua für d'Annunzio und dessen Heide



Reisegefährten bezahlen mußte, da wurde er konfisziert.

Diese Worte Mazzonis riefen laute Zustimmung der ganzen äußersten Linken hervor. Auch die übrigen Bänke, darunter viele Abgeordnete des linken Zentrums und der Rechten, unterstützten Mazzoni durch lebhaften Beifall. Der Sozialist Graziadei rief: „Und ihr habt aus diesem d'Annunzio den Heroismus unseres Krieges gemacht.“ (Neue allgemeine starke Zustimmung.)

Mazzoni schloß: „In Italien darf man heute nicht einmal mehr das Wort Freimaurerei auszusprechen; ich rate es keinem, der nicht mit der Polizei Bekanntschaft machen will.“ (Beifall.)

Die griechische sozialistische Partei ist in zwei Gruppen gespalten. Die eine tritt sehr eifrig unter Führung des auch in der Internationalen bekannten Genossen Drakonides für die Teilnahme des Landes am Kriege an der Seite der Alliierten ein. An Stelle des früheren Wochenblattes gibt sie ein periodisches Bulletin heraus. Der letzten Nummer dieses Reformationsblattes entnehmen wir, daß die Pariser Genossen der Partei ihren Dank aussprechen für ihre Tätigkeit im Sinne der Sache der Alliierten. In einem Artikel über die Notwendigkeit der griechischen Intervention heißt es: „Wenn Jögern zum Verluste unserer nationalen Unabhängigkeit führt, was werden uns dann alle Belohnungen nützen, die man uns für unsere Neutralität bietet? ... Vor dem Kriegsausbruch ist es Pflicht eines jeden Sozialisten, den Zusammenstoß zu verhindern. Wenn der Krieg aber erst einmal ausbrach, dann ist es Pflicht jedes Sozialisten, gegen die Ursachen zu kämpfen, die zu diesem Ausbruch führten, damit sie ein für allemal ausgerottet werden. Augenblicklich muß der preußische Militarismus ausgerottet werden.“ Das Blatt, dessen Stärke nach dieser Probe nicht sein kann, tritt übrigens für stärkere Besteuerung der Reichen zur Erhaltung der Armee und zur Unterstützung der Familien der Eingezogenen ein.

### Die Kriegslage.

Wien, 6. Dezember. Ausläßlich wird berichtet: Aufrüstung der Kriegsschauplätze. Nichts Neues.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzo-Front hielt das feindliche Geschützfeuer an. Es war an einzelnen Stellen, insbesondere gegen den Götter Brückenkopf, teilweise ziemlich heftig. Auch die Stadt Görz und der anschließende Ort St. Peter wurden aus allen Kalibern beschossen. Im Vorhinein der Hochflut von Dobrova setzte italienische Infanterie unter Tag bei Redipuglia und Polcez, abends bei San Martino zum Angriff an; sie wurde überall abgewiesen. An der Sirolo-Front behauptete sich die gegen den besetzten Raum von Dobrova gerichtete Tätigkeit der feindlichen Artillerie nun auch auf die anschließenden Stellungen nördlich des Sirolo-Tales aus.

### Südlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen sind nun auch westlich und südwestlich von Hauptstadt und an der von Mitrovia nach Novi führenden Straße auf montenegroisches Gebiet vorgedrungen. Im Kampf der Westseite wurden montenegroische Vortruppen auf ihre Hauptstellungen zurückgeworfen. Westlich von Novi schlugen wir eine feindliche Nachhut; unsere Spikes nähern sich der Stadt. Die Zahl der in den heftigen Kämpfen eingekramten Gefangenen übersteigt 2100 Mann.

### Ereignisse zur See.

Am 3. laufenden Monats früh hat unser Kreuzer „Monara“ mit einigen Zerstörern in San Giovanni di Medua 3 große und 2 kleine Dampfer, 5 große und viele kleine Segelschiffe, während sie Kriegsvorräte landeten, durch Giftminen verjagt; einer der Dampfer lag in die Luft. Die Flottille wurde dabei von 29 Geschützen am Lande sehr heftig, aber erfolglos beschossen.

Nachdem davon hat S. M. Schiff „Marassiner“ das französische Unterseeboot „Gresnel“ vernichtet und den Kommandanten, den zweiten Offizier und 26 Mann gefangen genommen.

Eine andere Flottille hat in der Nacht auf den 23. November einen mit 3 Geschützen armeren Dampfer und einen größeren Motorzwecker, beide italienisch, nach S. Vito auf der Fahrt von Brindisi nach Durazzo verjagt, die Besatzung der Dampfer, darunter 4 von der Kriegsmarine, gefangen genommen, die Besatzung des Motorzweckers in Booten freigelassen.

## Gegen Frankreich und Belgien.

### Die deutschen Gefangenen in Frankreich.

Aus Genf wird gemeldet: Die französische Kammer beschloß bei der Abstimmung über die Restitutionsfrage für 1915 einen Betrag von 100 000 Franken, um durch diese Remuneration die Regierung aufzufordern, die deutschen Gefangenen einer gleichen Behandlung wie die der französischen Gefangenen in Deutschland zu unterwerfen.

## Gegen England.

### Lord Derby findet die Unterstützung eines Arbeiterführers.

Der „Kölnische Courier“ meldet aus London: Der Arbeiterführer Thomas Clarke hat mit Zustimmung und unter dem Namen Lord Derbys, daß das Rekrutierungs-gesetz in Derby nicht zu dem gewünschten Grade geführt habe. Es müßten sich während der letzten Woche seiner Probeprüfung noch viele Männer anmelden, wenn das Freiwilligen-gesetz beibehalten werden soll.

## Gegen Italien.

### Zur Vertriebskandgebungs für Salandra.

Der Vertriebskandgebungs für das Ministerium Salandra in der italienischen Kammer gab 5 Mitglieder der Sozialistischen Partei jenseitigen.

## Der Balkankrieg.

### Der Druck auf Griechenland.

Die mit Spannung erwartete Note der Entente hat allgemein einen guten Eindruck gemacht wegen des persönlichen und persönlichen Tones, der der bräutigamen Neutralität Griechen-

lands Gerechtigkeit widerfahren läßt und sie auch fernerhin anerkennt, sowie wegen des Wohlwollens, das die Mächte gegenüber Griechenland betonen. Die Entente verlangt aber bestimmte Erklärungen über die Sicherheit und Aktionsfreiheit ihrer Truppen in Mazedonien, jedoch ohne Unterzeichnung eines besonderen Protokolls. Sie verspricht auch die spätere Zurückgabe des für die Operationen besetzten Gebietes und Leistung eines Schadenersatzes. Nach Eingang der griechischen Antwort über die Annahme der Forderungen der Entente wird die sofortige Aufhebung der Blockade zugesagt. Die Verständigung über verschiedene militärische Fragen, die von den Verbündeten für unzulässig erachtet werde, soll dann beginnen.

## Die Kämpfe im Orient.

### Neue Angriffsstätigkeit an den Dardanellen.

Einer Konstantinopeler Depesche der „Köln. Ztg.“ zufolge hat an den Dardanellen eine große Offensive der Verbündeten begonnen; doch ist man in maßgebenden türkischen Kreisen eher geneigt, an einen Stillstand zu glauben. Nahezu bringt man das Unternehmen mit der Mission Kitcheners in Verbindung.

Vorgestern warfen etwa 30 feindliche Flieger zahlreiche Bomben bei Unköprü ab. Sie beabsichtigten, eine wichtige türkische Stützlinie der Eisenbahn zu zerstören; jedoch gewährleisteten die umfangreichen türkischen Maßnahmen unter allen Umständen die dauernde Benutzbarkeit der Linie. Diese Fliegerangriffe mit heftiger Beschädigung erwecken den Eindruck eines weitläufigen Planes. Nur glaubt man nicht recht an die ernste Absicht der Durchführung.

### Der türkische Seeresbericht.

Amstlicher Bericht vom 5. Dezember: An der Trak-Front sammelt sich der geschlagene Feind bei Kutelamara in vorher besetzten Stellungen. Unsere Truppen näherten sich am 3. Dezember Kutelamara auf eine Entfernung von 2 Wegetunden und, indem sie den Feind von Norden und von Westen bedrängen, zwingen sie die feindlichen Truppen, die sich auf dem Kutelamarar gegenüberliegenden Ufer befinden, sich auf ihre Schiffe zu flüchten. Zwischen Kutelamara und Bagh Kale erbeuteten wir ein unerschüttes mit Munition beladenes feindliches Schiff und machten einige Gefangene. Wir fanden im Fluß viele Leichen des Feindes. — An der Dardanellenfront nahm unsere Artillerie, indem sie die vom Feinde zu Lande und zu Wasser ausgeführte Beschließung energisch erwiderte. Stellungen der feindlichen Infanterie und Artillerie mit Erfolg unter Feuer. Bei Ari Burnu richtete ein feindliches Torpedoboot am 4. Dezember sein Feuer nach verlassenen Punkten. Am gleichen Tage zeitweilig Artillerie- und Bombenkampf. Zwei feindliche Transportschiffe wurden auf der Höhe von Ari Burnu durch unser Feuer gezwungen, sich zu entfernen. — Bei Seddul Bahir zerstörten am 4. Dezember zwei Minen, die wir vor unserem rechten Flügel zur Entzündung brachten, eine feindliche Gegenmine. Der Feind eröffnete darauf heftiges Infanteriefeuer gegen diesen Flügel, warf eine Menge Bomben und beschloß sodann zwei Stunden lang ununterbrochen unsere Stellungen. An der Beschließung nahm auch ein Monitor und ein Panzerkreuzer teil. Auf dem linken Flügel schwaches Infanteriefeuer. Der Feind warf dorthin eine große Anzahl Torpedos. Unsere Flugzeuge setzten ihre Erkundungsflüge und Angriffe mit Erfolg fort. Der Kriegsflugzeugführer, Leutnant Hanien, und der Beobachter, von Sülitniz, warfen Bomben auf einen feindlichen Monitor und zwangen ihn, das Feuer einzustellen und sich zurückzuziehen. — Im übrigen nichts zu melden.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Türkisches Vieh für Deutschland.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Die türkische Regierung kündigt dem deutschen Vorkriegs-Vertrag die Rückführung nach Deutschland zu.

### Zur Getreideausfuhr aus Rumänien.

Die rumänischen Vertreter der Einheitsgesellschaft der Mittelmächte unter deutscher Führung und der rumänischen Kommission für Verkehr und Ausfuhr begannen Verhandlungen über den Ausfuhr größerer Mengen rumänischen Getreides dauern an. Bisher einigte man sich darauf, daß 50 000 Waggons Getreide gekauft werden, wobei das auf Schlepplern verladene und bereits bezahlte Getreide eingerechnet wird. Die Bezahlung erfolgt an der Grenze. Die Art der Bezahlung ist noch nicht festgelegt.

Gegen 500 rumänische Landwirte waren in Sutarast versammelt, um über die Forderung einer gründlichen Erleichterung der rumänischen Ausfuhr zu beraten. Sie fassten folgenden Beschluß: Abschaffung der Ausfuhrzölle, bessere Ausfuhrgelegenheit zu Wasser und zu Lande, die Regelung der Ausfuhr lebender Schweine und Geflügel, die Ergänzung der rumänischen Zentralkommission für Verkehr und Ausfuhr durch sechs von landwirtschaftlichen Syndikaten zu bezeichnende Mitglieder, die Verwendung des Reglements der Zentralkommission zur Feststellung derjenigen Warenmenge, welche der Landwirt mit Rücksicht auf den inneren Bedarf zurückbehalten muß; wenn Höchstpreise für den Inlandsverbrauch aufrechterhalten würden, sollten auch Höchstpreise für die Bedürfnisse des Landwirts eingeführt werden.

### Anforderungen an Wilson zur Friedensvermittlung.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Kopenhagen: „National-Review“ meldet aus New York: Präsident Wilson erhält im Laufe des November über 20 000 telegraphische Auforderungen, gemeinsam mit den anderen neutralen Staaten zu verfahren, Frieden zu stiften.

### Deutsche Kriegsgefangene in England.

Über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen im englischen Sonderlager von Douglas auf der Insel Man hat ein Beamter der amerikanischen Regierung einen Bericht erstattet, dem wir nach der „Köln. Ztg.“ u. a. folgendes entnehmen:

Das Lager Nr. 1, das ist der untere Teil des Gefangenenlagers in Douglas, ist für die alleinige Benutzung von Gefangenen vorbehalten, die in der Lage sind, für eine bessere Unterbringung während der Gefangenenschaft zu bezahlen. Die wesentliche Bezahlung schwankt zwischen 10 sh. für die Periode — wenn drei in einem Zelle oder Paradenzimmer wohnen — und 1 Lstr., wenn einer ein Zelle für sich allein in Benutzung hat. Es ist ein Esszimmer (das im Winter geheizt wird) vorhanden; dort ist auch Gelegenheit zum Briefschreiben, für Zimmerstühle und dergl. vorhanden. Ferner gibt es eine gut eingerichtete Kaffeeküche. Abgesehen von dem großen allgemeinen Spielplatz zu dem alle Gefangenen Zutritt haben, bietet auch das Sonderlager selbst ausreichenden Platz für körperliche Bewegung. Die Verpflegung liegt in deutschen Händen, und es sind für die Zubereitung besondere Köche angestellt. Auch besteht die Einrichtung, daß auf Wunsch ein Internier dieses Lagers ein anderen Gefangenen zu

seiner persönlichen Bedienung bekommen kann. Betten, Betttücher und Handtücher werden geliefert. Ein großes Schwimmbad, sowie ausreichende Wasch- und Bedürfnisanstaltungen sind vorhanden. Täglich werden drei Mahlzeiten verabreicht. Kriegsgefangene, die gern von dem großen Lager in Anodaine nach dem Sonderlager von Douglas übergeführt werden möchten, müssen ihre Namen zu diesem Zwecke dem Unterkommandanten des Lagers angeben.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Preisregelung für Gemüse und andere Lebensmittel sowie für Süßwasserfische.

Auf Grund einer Verordnung des Bundesrats wird über die Regelung für Gemüse, Zwiebeln, Sauerkraut bestimmt, daß im Großhandel für 50 Kilogramm frei nächste Verladestelle, einschließlich Verpackung folgende Preise nicht überschritten werden dürfen: Für Weißkohl (Weißkraut) 2,50 Mk., Rotkohl (Blaukohl) und Wirsingkohl (Savonkohl) 4,50 Mk., Grünkohl (Braun- oder Krauskohl) 3 Mk., Kohlrüben (Stadrüben, Bruden) 2,50 Mk., Mohrrüben (rote und gelbe Speisemöhren, auch gelbe Rüben genannt) 5 Mk., Zwiebeln 6 Mk. und Sauerkraut (Sauerkohl) 12 Mk. Inwieweit für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut Höchstpreise im Kleinhandel festgesetzt werden, dürfen sie folgende Sätze für das Pfund beste Ware nicht überschreiten: Für Weißkohl 5 Pfg., Rotkohl 7 Pfg., Wirsingkohl und Grünkohl 6 Pfg., Kohlrüben 5 Pfg., Mohrrüben 8 Pfg., Zwiebeln 15 Pfg., Sauerkraut 16 Pfg. Diese Bestimmungen treten mit dem 13. Dezember in Kraft.

Auf Grund einer Verordnung des Bundesrats wird über die Regelung der Preise für Süßwasserfische bestimmt, daß beim Verkauf im Großhandel am Berliner Markte für 50 Kilogramm Reingewicht, einschließlich Verpackung, folgende Preise nicht überschritten werden dürfen: Bei Karpfen 105 Mk., Schleien 125 Mk., Hechten 110 Mk., Bleien und Brachsen von 1 Kilogramm und darüber 80 Mk., dieselben unter 1 Kilogramm 60 Mk., Mören und Rotaugen von 1 Pfund und darüber 60 Mk., dieselben unter 1 Pfund 50 Mk. Die Höchstpreise im Kleinhandel dürfen für das Pfund nicht übersteigen: bei Karpfen 1,30 Mark, Schleien 1,50 Mk., Hechten 1,25 Mk., Bleien von 1 Kilogramm und darüber 1 Mk., dieselben unter 1 Kilogramm 75 Pfg., unter 1 Pfund 65 Pfg. Die vorstehenden Preise ermäßigen sich bei toten Fischen um 20 Prozent. Die Bestimmungen treten mit dem 13. Dezember in Kraft.

### Gegen den Etat

Stimmte im Meininger Landtag die sozialdemokratische Fraktion, Genosse Hofmann betonte, daß es uns nicht möglich ist, für den Etat zu stimmen, weil man es draußen im Volke nicht verstehen würde, wenn man der Regierung angesichts der vielen gemachten Fehler durch Zustimmung zum Etat noch ein besonderes Vertrauensvotum ausstellen würde. In Konsequenz dieser Ausführungen stimmte deshalb unsere Fraktion (mit Ausnahme der Abgeordneten Wehder-Sonneberg und Seiger-Roehnef, die für den Etat votierten) gegen den Etat. Wehder wurde zum 1. Vizepräsidenten gewählt.

### Militärgerichtliches Verfahren gegen einen Abgeordneten.

Bekanntlich hatte der Reichskanzler erklärt, daß auch militärgerichtliche Verfahren gegen einen Abgeordneten ohne Erlaubnis des Parlaments nicht durchgeführt werden würden. Wie wir vernehmen, ist trotzdem von den Militärbehörden ein Verfahren gegen den Genossen Dr. Liebknecht — das zur Erklärung des Kanzlers Anlaß gab — fortgesetzt und erst später aus „Mangel an Beweisen“ eingestellt worden. Vor einiger Zeit ist außerdem ein neues Verfahren in einer andern Sache gegen den gleichen Abgeordneten eröffnet worden. Der Reichstag wird sich also von neuem mit der irrtümlichen Auffassung der Militärbehörden beschäftigen müssen.

### Erhöhung der Mannschafslöhning.

Das Zentrum hat in der Budgetkommission des Reichstags den Antrag eingebracht, es mögen tunlichst die Mittel beschafft werden, um die Löhning der Mannschaften vom 1. Januar 1916 ab um 50 Prozent zu erhöhen. — Mit diesem Antrage ist nicht viel anzufangen, weil die Einschränkung, die in dem Worte „tunlichst“ liegt, der Regierung die Möglichkeit bietet, dem Antrage keine Folge zu geben. Die Sozialdemokraten werden demgegenüber ganz positiv beantragen, die Löhning der im Inlande bestellten Mannschaften auf 50 Pfg. pro Tag, die der in Feindesland stehenden Mannschaften pro Tag auf 80 Pfg. zu erhöhen. Die bisher gezahlten Nebenbezüge sollen den Mannschaften erhalten bleiben. Die Sozialdemokraten werden natürlich auch auf anderen Gebieten durch Stellung von Anträgen Klarheit zu schaffen und Verbesserungen durchzuführen suchen. Der Reichschatzsekretär wird diesen Anträgen vermutlich entgegnet mit dem Hinweis auf die Kosten. Daß der finanzielle Effekt dieser Anträge erheblich ist, soll nicht bestritten werden; aber es wäre eine Sparlosigkeit am unrichtigen Orte, wenn sie auf Kosten der Mannschaften, die nun schon über Jahr und Tag im Felde stehen, geübt werden sollte. Die Kriegsbesoldung hat zwar eine Reform erfahren, die aber durchaus noch nicht weitgehend genug ist, und bei weiteren Abstrichen in den mittleren und höheren Stellen, können mit Leichtigkeit die Mittel gewonnen werden, die zur Aufbesserung der Mannschafslöhning notwendig sind. Selbstverständlich werden die Sozialdemokraten auch den Antrag wiederholen, das Besoldungsgeld auf 1,20 Mark pro Tag zu erhöhen.

### Fortjüritler und Burgfriede.

Der Zentralauschuß der Fortjüritlichen Volkspartei tagte am Sonnabend im Reichstagsgebäude. Bei der Besprechung der politischen Lage hob Abg. Dr. Wiemer hervor, daß die agrarische Presse durch ihre persönlichen Angriffe gegen den Abg. Dr. Wendorf, den Burgfriede schwer gestört habe. Mit Sorge wies der Redner die Lockbellen Erträge zur Beeinflussung der Presse zurück. Die Partei müsse bereits jetzt rufen, um bei den kommenden Reichstagswahlen gut ab-





zuschneiden. — Einstimmig wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Der Zentralausschuß hält die Aufrechterhaltung des Burgfriedens während der Kriegszeit für erforderlich, erachtet aber als unabweisbare Voraussetzung, daß der Burgfriede von allen politischen Richtungen gleichmäßig gewahrt wird, und daß persönliche Angriffe gegen Mitglieder anderer Parteien unter allen Umständen unterbleiben. Zugleich fordert der Zentralausschuß, daß alle Regierungsstellen im Reich und in den Bundesstaaten strenge Unparteilichkeit üben und nicht unter dem Schutz des Burgfriedens Maßnahmen treffen, die auf eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Lande für die Friedenszeit hinauslaufen.“

**Oesterreich-Ungarn.**

Gegen die Teuerung haben in Ungarn Arbeiter und Unternehmer bei der Regierung Vorstellung erhoben. Schon vor dem Kriege hatten die Agrarzölle die Lebenshaltung der Arbeiter und Beamten schwer verteuert, jetzt aber beträgt die Steigerung 130 Prozent, d. h. eine Familie, die früher 21 Kronen 86 Heller für Lebensmittel ausgab, benötigt jetzt 49 Kronen 8 Heller. Es kostete

	1914:	1915:	Steigerung	
	Heller:	Heller:	in Prozent.	
Rindfleisch	2. Sorte, Kilo	172	580	231
Schweinefleisch	„ „	206	590	186
Geräucherte Wurst	„ „	230	630	173
Geräuchertes Speck	„ „	190	810	326
Schweinefett	„ „	160	830	419
Schwarzbrot	„ „	35	48	37
Kofenkartoffeln	„ „	14	19	36
Sauerkraut	„ „	26	46	76
Kleine weiße Bohnen	„ „	44	56	28
Zucker	„ „	86	112	30
Eier	Stück	8,5	22	159
Milch	Liter	30	44	47

Gegen eine solche Verteuerung kann der Arbeiter nicht ankämpfen, die sich daraus ergebende Unterernährung beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und untergräbt ihre Gesundheit. Das wurde der Regierung gegenüber erklärt.

**Dänemark.**

**Kriegsverdienst der Bauern.** Der große Krieg, von welchem Dänemark bisher verschont geblieben ist, hat der dänischen Landwirtschaft nach statistischen Berechnungen in den ersten 12 Monaten ungeheuerliche Verdienste eingebracht. Vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 wurden gegen das Vorjahr mehr ausgeführt: Eier für 17 Millionen Kronen, Butter für 13 Millionen Kronen; dänische Butter ist zu hohen Preisen auf den deutschen Markt gekommen. Ferner für 33 Millionen Kronen Schweinefleisch, für 59 Millionen Kronen Pferde, für 79 Millionen Kronen Hornvieh. Das ist eine Mehrausfuhr von 200 Millionen Kronen und der Gewinn aus diesem Mehrexport ist enorm. Aber die dänischen Bauern verdienen nicht allein an dem Export, auch die Preise auf dem Inlandsmarkt sind ganz gewaltig gestiegen, so daß ihnen auch im eigenen Lande ein weiterer bedeutender Gewinn erwächst. Dem enormen Gewinn gegenüber bedeutet die Steigerung der Futtermittelpreise sehr wenig. Dieser der dänischen Landwirtschaft zufallende Goldregen hat in seiner Konsequenz noch einen dritten Wertfaktor geschaffen: eine ungeheure Steigerung der Grund- und Bodenpreise! Für Bauernhöfe werden heute Preise gefordert, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Um nun in dieser Beziehung die Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen, hat die dänische Regierung sich veranlaßt gesehen, eine Neueinschätzung zur Steuerveranlagung, die dem Staatsfiskus eine gerechtfertigte Einnahme bringt, vornehmen zu lassen; aus dem bäuerlichen Grundbesitz kamen bisher Steuererträge heraus, die lächerlich gering waren. Die dänische Landwirtschaft ist mit den Maßnahmen der Regierung natürlich nicht einverstanden und malt das Gespenst einer allgemeinen Not der Landwirtschaft nach dem Kriege in die Wand; in der letzten Sitzung des Folketings aber sind vor einigen Tagen der Vorschlag der Regierung auf Neueinschätzung des gesamten landwirtschaftlichen Besitzes des Landes die Zustimmung der Mehrheit. So werden also auch die Bauern eine „Kriegsgewinnsteuer“ an den Staat zu zahlen haben.

**Brantings Aufklärungsarbeit in Schweden.**

Der „Sozialdemokraten“ vom 30. November enthält folgenden Bericht: „Der freisinnige Studentenklub Stockholms hatte gestern Abend eine Sitzung im Grand-Hotel, in der Redakteur Branting einen Vortrag über das Thema: „Aus der Debatte über das Ziel des Krieges“ hielt. Redner entwickelte, gestützt auf offizielle Dokumente, wie in den letzten Kreisen Deutschlands eine bedenkliche Verdrängung langsam stattgefunden hat vom ersten Standpunkt des reinen Verteidigungskrieges weg zu Neußerungen, die mehr oder weniger der annexionsfreundlichen Richtung entgegenkommen, die in großen bürgerlichen Kreisen emporgewachsen ist. Gegen diese steht zwar eine Richtung, besonders innerhalb der Sozialdemokratie, aber ihre Stärke ist ungenügend.“

Im Gegensatz dazu wurden, ebenfalls mit Zitaten, aus offiziellen Neußerungen belegt, die Prinzipien hervorgehoben, für welche den Kampf zu führen sich die leitenden Männer der Westmächte erklärt haben. Ohne diese Neußerungen zu überschätzen, ist doch in dem daraus Sprechenden Geiste und in den bedeutenden Kreisen, die von diesem Geiste durchdrungen sind, eine Bürgschaft dafür enthalten, daß man auf der Seite sich nicht allzusehr von diesen Grundfäden entfernen kann. Auch liegt darin ein starker Gegensatz zu der Machtlehre, die in weiten deutschen Kreisen brutal verkündet wird. Nach dem mit lebhaftem Beifall von den 150 Anwesenden aufgenommenen Vortrag sprach der Vorsitzende, Professor Segerstedt in warmen Worten den Dank des Vereins aus. Das nennt man „Aufklärung“. Die Arbeiter, die jenen offenbar von Branting selbst herrührenden Bericht lesen wollten, erhalten nicht einmal Kenntnis von den „Zitaten“, aus denen die Bürgschaft dafür hervorgeht, daß die „Westmächte“ sich „nicht allzusehr von diesen Grundfäden entfernen“ können. Auch die Grundfäden selbst werden nicht aufgeführt, aber sie werden als ein Gegensatz zu den Annexionsabsichten Deutschlands gestiftet und damit indirekt charakterisiert.

Demgegenüber ist festzustellen, daß seitens der deutschen Regierung bisher nicht ein einziges Mal Annexionsabsichten geäußert wurden, während die englischen wie die französischen Regierungskreise wiederholt und unter dem Beifall der dort führenden Sozialisten die Abtrennung Elsaß-Lothringens, Schlesiens und weiterer Gebiete des deutschen Ostens als Kriegsziel proklamiert haben. Nach Branting bietet der Geist jener Kreise die Gewähr dafür, daß sie sich nicht allzusehr von diesen „Grundfäden“ entfernen werden. Soll unter dieser geheimnisvollen Formel etwa die Rheinrenze zu verstehen sein?

Dieser Redner, der seinen Zuhörern und Lesern verschweigt, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich einmütig gegen Annexionen erklärt hat, nennt sich einen Freund Deutschlands, neutraler Sozialist und Gegner des Imperialismus. Seine Haltung beweist, das er weder das eine noch das andere und am allerwenigsten Gegner des Imperialismus ist, wenn dieser in englischem, französischem und russischem Kleide erscheint.

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

**Die Bürgerschaft hatte in ihrer sechsten Versammlung zunächst ihr Präsidium zu wählen. Vorkühler wurde mit sämtlichen abgegebenen Stimmen Herr Dr. Görk, der dieses Amt schon früher bekleidet hat und zuletzt Vorkühler des Bürgerausschusses war. Vor der Wahl des ersten Vorkühler-Stellvertreters nahm Genosse Henze das Wort zu einem eindrucksvollen Appell an die Mehrheit der Bürgerschaft, nun endlich, nachdem die zweite Klasse schon zehn Jahre in der Bürgerschaft vertreten ist, den Sozialdemokraten einen Sitz im Präsidium einzuräumen. Aber, wie in früheren Jahren, fand dieses Verlangen, dessen Erfüllung nur einem Gebot der Gerechtigkeit entsprechen würde, meistens taube Ohren, obwohl sich auch Herr Thiele dafür aussprach. Gewählt wurde Herr Konsul Scharff, während auf Genossen Löwig nur 13 Stimmen entfielen. Zweiter Stellvertreter wurde Herr Heine Thiel. Für Löwig wurden 15 Stimmen abgegeben. In Mitgliedern des Bürgerausschusses wurden die in der Vorversammlung vorgeschlagenen Herren, darunter Genosse Dr. Schlomer, gewählt.**

Die drei auf Tagesordnung stehenden Senatsentwürfe wurden ohne größere Debatte angenommen. Bei der Vorlage betr. Bewilligung von 607 000 Mk. zur Errichtung einer Kaimauer an der Vorstadtsseite des zweiten äußeren Hafens gegenüber der Wallbänke wünschte besonders Herr H. Rabe die Herstellung einer Brückenverbindung des nördlichen Teiles von St. Lorenz mit der inneren Stadt. Wie vom Senat erwidert wurde, ist ein entsprechendes Projekt schon in Arbeit. Es würde aber sehr kostspielig.

Die sozialdemokratische Fraktion hat durch Genossen Hoff einen Antrag auf Erhöhung der Unterstützung für die Kriegerfamilien eingebracht, der zunächst an den Bürgerausschuß verwiesen war. Dieser hat es abgelehnt, ihn dem Senat zu überweisen. Gestern hatte sich die Bürgerschaft deshalb nochmals damit zu beschäftigen. Genosse Stelling besprach mit guten Gründen und trefflichen, warmherzigen Ausführungen den Antrag, der auch durch Herrn Thiele unterstützt wurde. Unter Redner wies auch die hier und da auftauchenden Verdächtigungen, wonach Kriegerfrauen in den Cafés ein Wohlleben führten, scharf zurück. Leider wurde der Antrag Hoff abgelehnt. Die Minderheit, die für ihn stimmte, war jedoch so ansehnlich, daß der Senat wohl daran täte, wenn er in irgend einer Richtung den Wünschen des Antrages von Hoff entsprechen würde.

Zu Beginn der Sitzung teilte der ständige Senatskommissar mit, daß er nicht gewillt sei, der Bürgerschaft ein Gesetz betr. die zivilrechtliche Verantwortlichkeit des Senates und der Behörden entgegenzubringen. Darüber wird wohl in einer späteren Bürgerschaftssitzung noch eingehend gesprochen werden. Hat doch aus einem bestimmten Anlaß die Bürgerschaft selbst die Vorlegung eines solchen Gesetzes verlangt.

Kurz nach 8 Uhr war die gesamte Tagesordnung der Bürgerschaftsversammlung erledigt.

**Bekanntmachung, betr. die Bereitung von Backware.** In teilweiser Abänderung seiner Bekanntmachung vom 15. Januar 1915 verordnet das Polizeiamt auf Grund des § 9 Abs. 2 der Bundesratsverordnung über die Bereitung von Backware vom 5. Januar 1915: Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Backware dienen, sind in Konditoreien in der Zeit von sieben Uhr abends bis sieben Uhr morgens verboten. Für Betriebe, in denen neben Konditorwaren auch Backwaren hergestellt werden, bleibt die Bekanntmachung vom 15. Januar 1915 in Wirksamkeit.

**Eine neue Bekanntmachung betr. Verarbeitung, Veräußerung und Beschlagnahme von Baumwolle, Baumwollabgängen, Baumwollabfällen und Baumwollgespinnsten (abgekürzt: Spinnverbot) tritt mit dem 7. Dezember 1915 in Kraft. Durch diese Bekanntmachung erfahren die Anordnungen der bisher in Geltung gewesenen Bekanntmachung betreffend Verarbeitung, Verarbeitung und Beschlagnahme von Baumwolle, Baumwollabgängen und Baumwollgespinnsten — W II. 2548/7. 15. K. R. A. — Änderungen. Von der alten Bekanntmachung bleiben lediglich die Beschlagnahme von Baumwolle und Baumwollabgängen, welche sich im Besitz von Nichtarbeitern befinden, sowie die Beschlagnahme, Verwahrung und ... Bezeichnung der in den Baumwollspinnereien in der Zeit vom 14. August 1915 bis 4. September 1915 aus Baumwolle und Baumwollabgängen hergestellten Gespinnte bestehen. Im übrigen ist die bisherige Bekanntmachung aufgehoben. Die neue Bekanntmachung beschränkt Baumwolle, Baumwollabfälle und Annahmewolle. Trotz der Beschlagnahme bleibt aber die Veräußerung und Verarbeitung von Baumwolle**

wie von Kunstbaumwolle gestattet, jedoch ist ihre Verarbeitung an eine Betriebsinspizierung geknüpft. Die Veräußerung von Baumwolle, Baumwollabgängen, Baumwollabfällen und Baumwollgespinnsten ist nur von Selbstverarbeitern an Selbstverarbeiter zulässig. Bezüglich Baumwolle, Baumwollabgängen, Striepen und Kämmlingen verbleibt es bei dem bisherigen Verarbeitungsverbot, das in der Bekanntmachung näher geregelt ist. Eine wesentliche Änderung tritt aber dadurch ein, daß den Baumwollspinnereien gestattet wird, Baumwolle, Baumwollabgänge, Striepe und Kämmlinge zu bestimmten Gespinnsten in der Zeit vom 7. Dezember 1915 bis 29. Februar 1916 auch ohne Beschlagnahme zu verarbeiten. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Frist für diese den Baumwollspinnereien gewährte Ausnahme vom Verarbeitungsverbot durch Verfügung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Agl. Preussischen Kriegsministeriums abgekürzt werden kann. Die in dieser Zeit ohne Beschlagnahme hergestellten Gespinnte sind beschlagnahmt und dürfen nur gegen ordnungsmäßigen Beschlagnahme ausgeliefert werden. Außerdem ist über die Menge, Art und Nummer der mit oder ohne Beschlagnahme erzeugten Gespinnte eine monatliche Anzeige (zum erstenmal am 31. Dezember 1915) an das Webstoff-Verkehrsamt des Agl. Preussischen Kriegsministeriums zu erstatten. In jedem Falle dürfen aber die Baumwollspinnereien, soweit ihnen das Verarbeiten von Baumwolle, Baumwollabgängen, Baumwollabfällen jeder Art und Kunstbaumwolle gestattet ist, monatlich nicht mehr als 30 v. H. derjenigen Rohstoffmenge verspinnen, welche die Betriebe in der Zeit vom 1. April 1914 bis 30. Juli 1914 im monatlichen Durchschnitt verarbeitet haben. Nur bei denjenigen Baumwollspinnereien, welche ausschließlich Baumwollabfälle (ohne Striepe und Kämmlinge) oder Kunstbaumwolle verarbeiten, beträgt die zur Verarbeitung zugelassene Rohstoffmenge 60 v. H. Der Wortlaut der Bekanntmachung, die noch eine ganze Reihe Einzelbestimmungen enthält, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

**Erhebungen über die auswärtige Butterzufuhr.** In der Stadt Lübeck und den Vorstädten mit Einschluß der eingemeindeten Gebiete haben sämtliche Personen, welche mit Butter handeln und sämtliche Gewerbetreibende, in deren Gewerbebetrieb Butter verbraucht wird, einschließlich der Gast- und Schankwirtschaften, dem Polizeiamt bis zum Sonnabend, dem 11. Dezember 1915, abends 6 Uhr schriftlich anzuzeigen, wieviel Butter sie im Oktober 1915 von auswärts bezogen haben, das heißt von Molkereien, Verkaufsstellen außerhalb des Gebietes der Stadt Lübeck, der Vorstädte und des Eingemeindungsgebietes, oder von Händlern, die nicht in der Stadt, den Vorstädten oder dem Eingemeindungsgebiet wohnen. Wer die Anzeige nicht in der vorgeschriebenen Frist erstattet, wer unrichtig, oder unvollständige Angaben macht, wird, soweit nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 16. Juni 1879 mit einer Geldstrafe von 20 Mark bestraft.

**Verkehrsberatung für Petroleumbedarf.** Vom Dienstag, dem 7. Dezember, ab werden für die Bewohner der Vorstadt St. Lorenz in der Tadenburger Allee 16 (Kriegsstraße), von 5 bis 7 Uhr nachmittags, vom Mittwoch, dem 8. Dezember, ab für die Bewohner der Stadt und der übrigen Vorstädte wieder Petroleumkarten ausgegeben. Das Lokal für die Stadt und Vorstädte Burgtor, Mühlenort, Hürterort ist noch nicht bestimmt, wird aber morgen früh an dieser Stelle bekannt gegeben werden. Das Petroleum ist in erster Linie bestimmt für Heimarbeiter, Heimarbeiterinnen, Fabrikarbeiterinnen und Frauen, die tagsüber außer dem Hause beschäftigt sind. Für Monat Dezember steht ausnahmsweise eine etwas größere Menge als in den vergangenen Monaten zur Verfügung, jedoch in besonders dringenden Fällen auch an andere Personen abgegeben werden kann, jedoch ist Voraussetzung, daß die Betroffenen kein Gas im Hause haben oder sich teures Beleuchtungsmaterial nicht leisten können. — Die Petroleumkarte = Ausgabe der Kriegshilfe, die ab gestern bereits für St. Lorenz in der Kriegsstraße stattgefunden hat, beginnt heute für die innere Stadt und die Vorstädte Burgtor, Mühlenort, Hürterort. Die Ausgabe findet in der Börse statt und zwar von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

**Anmeldung von Gummibereifung.** Durch eine im Anzeigenenteil veröffentlichte Bekanntmachung des stellvertretenden General-Kommandos des 9. Armeekorps werden alle Besitzer von der Beschlagnahme unterliegender Bereifung, die noch nicht zu deren Ablieferung aufgefordert wurden, verpflichtet, sie sofort unter Angabe von Zahl, Art und Dimensionen der Inspektion des Kraftfahrzeugens in Berlin-Schöneberg anzuzeigen, auch wenn eine Anzeige bereits früher erfolgt ist. Die Meldung muß in deutscher Schrift geschehen. Die Unterlassung der Anmeldung wird unabsichtlich gerichtlich verfolgt werden. Es handelt sich hierbei, ganz gleich, ob bereits vorhanden oder nachträglich hinzugekommen, ob neu oder gebraucht, um sämtliche Borräder an Kraftfahrzeugen, Decks und Schläuchen, um sämtliche Reserveen an diesen Gegenständen und um die Bereifung an Kraftfahrzeugen, die nicht erneut zugelassen sind. Ueber die gestatteten Ausnahmen bringt die Bekanntmachung des General-Kommandos nähere Angaben.

**vb. Die Kunst des 19. Jahrhunderts.** Am gestrigen achten Vortragabend behandelte Professor Dr. Schäfer die Gegner des Impressionismus in der Malerei. Der Realismus stand damals oben in der Dichtkunst sowohl, als auch in der Malerei. Kein Schriftsteller wurde in den 90er Jahren soviel gelesen wie Emile Zola. Es war eben das Leben in der nächsten Wirklichkeit, das aus seinen Büchern sprach. Und so ist es auch in der Malerei gewesen. Der Realismus ging unter das Volk und entnahm ihm seine Typen. Eine Kunstströmung sieht aber nur oben, solange niemand gegen sie opponiert. Und zur selben Zeit gab es auch Künstler, die den Realismus verwarfen, die ihren großen Gedanken lebten, die bestrebt waren, die Menschheit über den Alltag hinauszuführen. Während die Impressionisten Paris als ihren Mittelpunkt erkoren hatten, lebten ihre Gegner meistens in Rom. Der größte aus ihrem Kreise — wohl der größte unter den deutschen Malern aller Zeiten — war Anselm Feuerbach. 1829 in Spener geboren, begann er seine Studien an der Düsseldorfer Akademie, um sie dann in Paris fortzusetzen. Nach einem kurzen Aufenthalt in Karlsruhe, kopierte er in Venedig Titians Affinita in meisterhafter Weise und schuf gleichzeitig eine Reihe Kindergruppen. Mitte der 30er Jahre ging er nach Rom, wo sein Schaffen zur Meisterschaft wurde. Sein erstes großes Werk aus dieser Zeit „Dante mit Frauen zu Raecina Luftwandelnd“ befindet sich in der Galerie zu Karlsruhe. Eine große Zahl seiner Meisterwerke besitzt München. In Rom ging dem Meister eine Auffassung der Antike auf, die die einzig mögliche für den modernen Menschen war. Der Vortragende erläuterte vor allem „Das Gemälde des Platon“ und die „Sphingenta“, die der Meister in freier Natur am Meerstrand gemalt hat. Sein Streben war, alle Empfindungen in die Menschen zu legen, die er machte. Er schöpfte aus der Wirklichkeit. Seine Werte scheinen sich aber doch über die Wirklichkeit hinauszuhoben. Feuerbach soll sehr empfindlich gewesen sein. Die Zurückweisung eines Bildes soll ihn monatelang niedergedrückt haben und in Schaffen beeinträchtigt haben. Von entgegengelegtem Charakter, viel heiterer und jovialer war Arnold Böcklin. Vor zehn Jahren stauten wir noch über dessen eigenartige und phantastische Schöpfungen. Betrachten wir sie aber aus dem Gefühl des Impressionismus heraus, so verlieren die Werke dieses Meisters, der ungeführt den gleichen Entwicklungsgang hatte wie Feuerbach. Er lebte schon seit 1876 größtenteils in Italien und wählte schließlich Florenz als bauern den Wohnsitz, wo er auch starb. Das bekannteste seiner Bilder ist wohl „Das Gefilde der Seligen“. Dem Redner scheint es heute unmöglich, alle die konträren Dinge, die die Phantasie des Künstlers sah, in einem Gemälde zusammenzufassen. Auch bei anderen Bildern sei der poetische Grundgedanke des Meisters mit ihm durchgegangen. Trotzdem verjagte der Künstler über soviel Naturfremd, daß er nichts Widersinniges in seinen Zeugnissen und Arien malte, denn er wählte mit Vorliebe keine Genrebilder aus dem Sennatus. Viel



In Rom verstorben Hans von Marées, obwohl ein Kritiker über ihn sagte: Mit dem Tode Marées seien auch dessen Bilder tot. Marées Streben ging dahin, die Natur vollständig zu erfassen und die Wiedergeburt derselben im Kunstwerke zu erlangen. Seine besten Menschen sind so frappant gemalt, daß jede Muskelbewegung. Allerdings stellte er nur den Menschen in den Vordergrund, ohne irgend welche innerliche Zutate. Neben Marées müßte noch der französische Monumentalmaler Jules de Chavannes genannt werden, der bedeutende Meisterwerke geschaffen hat. Während man sich in Deutschland um die Theorie in der Kunst die Köpfe blutig schlug, nahm man in Frankreich die Dinge wie sie waren. Bei uns war man viel zu pedantisch, zu schulmeisterlich. Die Pariser Kunstwelt ist in dieser Beziehung viel konzentrierter gewesen und sie verdient darum sicher keinen Tadel. Chavannes sei leider viel zu wenig in Deutschland bekannt. Das sollte nicht sein, trotzdem er Franzose ist. Alle die genannten Meister haben vor allen Dingen große Bedeutung für die Kolossalmalerei gehabt. Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Vortragenden wurden die bedeutendsten Schöpfungen Feuerbachs, Marées und Chavannes im Lichtbilde gezeigt.

Das Schwurgericht tritt von morgen ab für kurze Zeit zusammen. Es kommen nur zwei Sachen zur Verhandlung, und zwar am Mittwoch gegen den Händler Hieronymus Hugo Ursinus Bursard von hier, wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, am Donnerstag gegen den Kaufmann Baruch Langner und dessen Ehefrau hier selbst, wegen Konkursverbrechens bezw. Beihilfe.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hält am Donnerstag, dem 16. Dezember, eine Ausschussung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung des Voranschlags und ein Antrag auf Erhöhung des Krankengeldes.

**Volkstümliches Konzert.** Zum ersten Male in diesem Winter wird unser Konzertmeister Herr Jani Szanto in dem volkstümlichen Konzert als Solist auftreten. Der ausgezeichnete Künstler spielt Mozarts G-Moll-Konzert für Violine, ein herrliches Werk. Eingeleitet wird die Solonummer von Webers Jubel-Ouvertüre und Franz Schuberts Variationen über „Der Tod und das Mädchen“ aus seinem bekannten Streichquartett. Die zweite Abteilung enthält außer Bizets beliebter Parleiten-Suite Nr. 1 auch einige der vorzüglichsten böhmischen Länse, die mit zu dem Schönsten gehören, was wir der Feder des Komponisten verdanken. Den Schluß des Konzertes bildet Franz Bizets geistvolle G-Dur-Polonaise.

**Einbruchdiebstahl.** In der Nacht zum 3. d. Mts. ist bei einem vor dem Mühlenort wohnhaften Gärtner ein Einbruchdiebstahl ausgeführt worden. Der Dieb wurde verhaftet und ließ bei seiner Flucht u. a. einen Spantorb von 90 Zentim. Länge und 40 Zentim. Breite zurück. Auf dem Korbbügel schrieben die Buchstaben M F K eingeschrieben gewesen zu sein. Der Eigentümer dieses Korbes wird ersucht, sich bei der St. Jürgenwache zu melden.

## Theater und Musik.

Das dritte Sinfoniekonzert des Vereins der Musikfreunde brachte in seinem ersten Teil Franz Schuberts Symphonie Nr. 2 (B-dur), die hier bisher noch nicht gehört wurde. Es ist ein Werk

von hoher Schönheit und musikalischer Vollständigkeit. Unter der feineren, temperamentvollen Leitung Dr. Gählers wurde es ausgezeichnet wiedergegeben. In Böhmens Hain und Tsur führt uns die gleichnamige symphonische Dichtung des Tschechen Smetana, deren reicher Stimmungsgehalt und eigenartiges nationales Kolorit vom Orchester restlos ausgeschöpft und wiedergegeben wurde. Den Schluß des fürstlich hinterlassenden Konzerts bildete Bizets geistliche symphonische Dichtung „Hungaria“, deren schwungvoller Vortrag stürmischen Beifall erzielte.

## Neueste Nachrichten.

### Die Kriegslage.

Die Franzosen räumen ihre besetzte Stellung am Vardar.

WB, Großes Hauptquartier, 7. Dezember. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Berrjan bac glückte eine größere Sprengung. Der französische Graben ist mit seiner Besatzung verschüttet. Eine fast vollendete feindliche Minenanlage ist zerstört.

Deftlich Auberive (in der Champagne) wurden etwa 250 Meter des vorderen französischen Grabens genommen. Ueber 60 Mann fielen gefangen in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Balkanriegsschauplatz.

Spei ist erreicht. Etwa 1250 Gefangene wurden eingebracht.

Die Franzosen haben vor der drohenden Umfassung ihre Stellungen am Cerna-(Kara)-Vardar-Bogen aufgeben müssen.

Oberste Heeresleitung.

### Literarisches.

Krieg und Geschlechtskrankheiten. Unter diesem Titel hat Schwester Lydia Ruchland ein kleines Schriftchen herausgegeben, welches wert ist, von Frauen aufmerksam gelesen und den Männern ins Feld nachgeschickt zu werden. In freimütiger Weise werden darin die Gefahren geschildert, die unserem Volke nach dem Kriege drohen, wenn nicht rechtzeitig Aufklärung geschaffen wird. Denn die Gefahr erkennen, heißt sie halb bewältigen. Auch Geschlechtskrankheiten dürfen nicht als Schuldtage behandelt werden, sondern als Kranke, die sich ihrer Krankheit nicht

zu schämen brauchen. Trotz aller militärisch angeordneten Barlichtsmaßregeln ist die Verführung und leichte Anfertigungsgar im Feld resp. in den Etappen groß, um so mehr, als Schule, Arzt und Elternhaus sich im 20. Jahrhundert noch nicht zusammengefunden haben, um eine so wichtige Debatte anzuführen. Wie die Verfasserin mit Recht hervorhebt, ist falsche Brüderlie; aufgebaut durch die christliche Lehre vom Sündhaften des leiblichen Körpers, das Verführerische, was es geben kann. Mit einem Feigenblatt wird der Aufklärung nichts genügt. „Es läßt sich dem Uebel nur wirksam bekämpfen, wenn man die Dinge beim rechten Namen nennt. Aufrichtigkeit ist jedes Menschen heilige Pflicht. Jetzt ist der strengste Sittenrichter nur zu häufig der trassierte Heuchler. Mit der üblichen Geheimnistuerei würde die ganze Karriere der Sexualität gründlich verfahren. Nun sitzen wir da, jammern über die Schlechtigkeit der Welt und halten mit Händen und Füßen den Schleier fest, der über den herrlichsten natürlichen Dingen der Zeugung, Geburt und dem Unterschied der Geschlechter ruht.“ So Schwester Ruchland in der Broschüre, die in unserm Leipziger Parteiverlag gedruckt ist und auf Bestellung durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. in Lübeck, Johannisstraße 46, für 20 Pfg. bezogen werden kann.

Der Arbeiter-Notiz-Kalender, der gute Freund, der Zehntausende von Arbeitern täglich als unentbehrlich gewordener Ratgeber begleitet, tritt seinen Weg für 1916 an. Daß sein textlicher Inhalt unter dem Zeichen des Krieges steht, ist leider auch für das neue Jahr noch selbstverständlich. Der Kalender greift die Fragen auf, die unglücklichen Volksgenossen heute am nächsten liegen. Die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen wird in klarer Uebersicht für die praktische Benutzung vorgelegt. Die wichtige Rolle des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen fordert die aufmerksamste Beachtung aller. Den Soldaten wird wertvolle Hilfe leisten, was über Gesunderhaltung im Felde geschrieben wird, und der hygienischen Aufklärung wird dienen, was über die Grundlinien der Ernährungsfrage gesagt ist. Ein vorzügliches Bildnis Ignaz Müllers ist dem Kalender vorangestellt; denn im nächsten Frühjahr würde Auer ein Siebzigjähriger geworden sein. Der Notiz-Kalender sagt, was dieser Mann der Arbeiterbewegung Deutschlands gewesen ist. Endlich wird in Worten und Zahlen dargelegt, wie die Gewerkschaften in ersten Kriegsjahr der andrängenden Masse neuer Aufgaben sich gewachsen zeigten, so daß sie ein starker Helfer der Arbeiterklasse blieben. All diesen Themen schließt sich eine Fülle von Adressen-Material an, wie es jeder organisierte Arbeiter immer zur Hand haben muß für seine feste Verbindung mit dem großen Ganzen, das seinem Leben Halt, Schutz und Kraft gibt. So hat der Notiz-Kalender all das, was er haben muß, um neue Scharen von Freunden zu den alten hinzuzugewinnen. Der Preis ist wie bisher 50 Pfg. Verlag: Buchhandlung Paul Staget G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Bekanntmachung.

Der Inspektion des Kraftfahrwesens wird oft mitgeteilt, daß Kraftwagenbereifung, welche der am 16. Mai 1915 ergangenen Beschlagnahmeverfügung unterliegt, ihr noch nicht angezeigt worden sei. Ferner sind der Inspektion des Kraftfahrwesens die Meldebücher über vorhandene Gummibereifung vielfach ohne Unterschrift und ohne oder mit mangelhafter Ortsangabe sowie in ganz unleserlicher Schrift eingereicht worden, jedoch die Bearbeitung der Scheine ausgeschlossen ist. Soweit die Meldebücher vorchriftsmäßig und in lesbarer Schrift eingereicht wurden, sind die Befehle bereits ausgefertigt, die Bereifung an die Kraftwagendepots einzuliefern. Es haben daher alle Behörden, Fabriken, Firmen, Personen usw., die noch der Beschlagnahme unterliegende Bereifung besitzen, oder auch nur in Verwendung haben und zur Ablieferung noch nicht aufgefordert wurden, diese unter Angabe von Zahl, Art und Dimension sofort der Inspektion des Kraftfahrwesens in Berlin-Schöneberg anzuzeigen, unter Umständen erneut anzuzeigen. Die Meldung muß Wohnort, Straße, Nr., Kreis und Unterschrift in deutlicher Schrift enthalten. Die Unterlassung der sofortigen nachträglichen Anmeldung aller noch vorhandenen und noch nicht abgeforderten sowie der sofortigen Anmeldung aller noch etwa in Zugang kommenden Bestände wird nachträglich gerichtlich verfolgt und kann mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. (Zehntausend) geahndet und die verhängenen Strafen als dem Staate verfallen erklärt werden.

Der Beschlagnahme unterliegenden nach den Bestimmungen vom 16. 5. 1915 — B I 6224, 15. K. R. A. — ganz gleich, ob bereits vorhanden oder nachträglich hinzugekommen, oder ob neu oder gebraucht:

1. sämtliche Vorräte an Vollreifen, Decken und Schläuchen,
2. sämtliche Reserven an Vollreifen, Decken und Schläuchen,
3. die Bereifung an Kraftfahrzeugen, welche nicht erneut zugelassen sind.

Nachgenommen sind nur diejenigen Stücke, welche von der Inspektion des Kraftfahrwesens auf Antrag der Befehle bereits freigegeben sind sowie die auf den laufenden Böden eines erneut zugelassenen Wagens befindliche Bereifung; dagegen nicht jegliche Reservebereifung, sofern sie nicht ausdrücklich von der Inspektion freigegeben ist.

Altona, den 29. November 1915.

Stellvertretendes Generalkommando II. A.-K.

(gez.) v. Kochl,  
General der Artillerie.

Mit dem 7. Dezember 1915 tritt eine neue Bekanntmachung betreffend Verarbeitung, Veränderung und Beschlagnahme von Baumwolle, Baumwollabgängen, Baumwollabfällen und Baumwollgeweben in Kraft.

Bereitsmachung erfolgt in den Amts- und Kreisblättern sowie durch die Polizeibehörden.

Altona, den 7. Dezember 1915.

Stellvertretendes Generalkommando II. A.-K.

v. Kochl,  
General der Artillerie.

## Bekanntmachung

betreffend Erhebungen über die auswärtige Butterzufuhr.

In der Stadt Lübeck und den Vorstädten mit Einschluß der eingemeindeten Schiersteile haben sämtliche Personen, welche mit Butter handeln und sämtliche Gewerbetreibende, in deren Geschäftsbetrieb Butter verbraucht wird, einschließlich der Sägen- und Schaufelwerkstätten, dem Polizeiamt bis zum Sonnabend, dem 11. Dezember 1915, abends 6 Uhr, schriftlich anzuzeigen, inwiefern Butter sie im Oktober 1915 von auswärtig bezogen haben. Das heißt von Molkereien, Verkaufsstellen außerhalb des Gebietes der Stadt Lübeck, der Vorstädte und des Eingemeindungsgebietes, oder von Händlern, die nicht in der Stadt, den Vorstädten oder dem Eingemeindungsgebiet wohnen.

Für die Angabe nicht in der vorgelegenen Form erpatet, was vorliegende oder unvollständige Angaben macht, wird, soweit nicht eine höhere Strafe verwirkt ist, auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 16. Juni 1879 mit einer Geldstrafe von Mk. 20.— bestraft.

Lübeck, den 6. Dezember 1915.

Das Polizeiamt.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer jüngeren Hochzeit sagen wir unsern herzlichsten Dank. (4846)  
H. Dettmann und Frau.

### Danksagung.

Für erwiehene herzlichste Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Entschlafenen spreche ich hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiehnen, zugleich im Namen der Familie meinen herzlichsten Dank aus. (4836)

Gustav Hörig.

Gesucht zu sofort ein militärtauglicher toller

Kutscher

beim Brotwagen.  
Lübecker Gen.-Bücherei  
4845 Töpferweg 65.

Kleinerer stadtkundiger

Kutscher

für den Taximeterbetrieb sofort gesucht. Passend auch für Kriegsinvaliden. (4840)

H. F. Meiners,

G. m. b. H.,  
Dankwartstraße 57-61.

Ein Kinderklappstuhl

billich zu verkaufen. (4848)  
Alshöhe 22 L.

Ein Portemonnaie

mit Inhalt gefunden. Abzuholen (4844)  
Beterfilienstraße 8.

Fortgelaufen

ein schwarzer Polizeihund, hört auf „Greif“. Halsband gezeichnet „Greif-Blom“. (4849)  
Abzuliefern gegen gute Belohnung an Richter Möller, Stadelhof-Herrenhaus.

Damen- und Kinderkleider

werden angefertigt (4843)  
Engelsgrube 33 L, links.

Uhrenklärung.

Wir nehmen hiermit die über Frau Martha Grot verbreiteten unwahren Behauptungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. (4850)  
Frau Elisabeth Fick,  
Anna Grimm.

Markthallenstand

46.  
Reineke Dorck, Goldbunt, Eitrit,  
Bld. 5-40 Pfg., Fahlmühlstraße,  
100 Stiel 30 Pfg. Lebende  
Serpent, Schale. (4847)  
Johannes Mey, Marktballenpl. 46.

**Ragoda**  
wäscht unübertroffen.  
Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. (2875)

Unter alte emaillierte Töpfe werden neue emaillierte Töpfe gesetzt. (4835)  
Neischauerstraße 36.

**Achtung!**  
Wieder eingetroffen: 1 groß, Post. la. Schmierseife

a Pf. 30 g. Behälter mitbringen. Senden auch nach auswärtig in Kisten von 30-60 Pf. per Nachnahme. Kristallseife a Pf. 70 g. Salzwasser-Schmierseife a Pf. 80 g. (4837)  
Aug. Spethmann,  
Fackenburg Allee 58b, pt.

**Wand-Uhren**

Gold. Trauringe, Myrtenkränze. Rathenow-Brillen v. 1.50 Mark (4838)  
H. Schultz, Uhrm. u. Goldschm.,  
ob. Johannisstr. 20.

**Volksküche.** 4831

Mittwoch, den 8. Dezember: Reismehlsuppe, Gulasch und Kartoffeln.

Donnerstag, d. 9. Dezember: Graupentuppe, Schweinefleisch, Rüben und Kartoffeln.

Freitag, 10. Dezember: Specksuppe mit Klößen, Hackobst u. Kartoffeln, ohne Fleisch.

Zum bevorstehenden  
**Weihnachtsfeste**  
empfehlen  
**Bilderbücher**  
**Jugendschriften**  
sowie interessante  
**Gesellschaftsspiele.**  
Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstr. 46.

## Metropol-Lichtspiele.

Nur noch bis Donnerstag:

**Asta Nielsen,**

die Tochter der Landstraße. (4839)  
Rosenstrasse Nr. 30. 4 Akte.  
Der glückliche Zufall. 2 Akte.  
Die Schlacht.

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der

Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“  
Johannisstraße 46.

**Verein der Musikfreunde**  
in Lübeck.

**11. volkstümliches Konzert**  
Mittwoch, den 8. Dezember 1915

abends 8 Uhr im Kolosseum.  
Leitung: (4796)  
Musikdirektor Carl Waack.

Solist: Konzertmeister Janl Szanto  
(Violine).

Zur Aufführung kommen u. a.:

Schubert: Variationen über „Der Tod und das Mädchen.“

Mozart: Violinkonzert (G-moll) mit Orchester).

Liszt: Große Polonäse (E-dur).

**Allgemeine Orts-**  
**krankenkasse in Lübeck.**

Ordentliche

**Ausschussung**

der Vertreter

Donnerstag, 16. Dezember 1915

abends 8 1/2 Uhr

in Kammers Gesellschaftshaus

(Bürgerverein) Königsstr. 25.

Tagesordnung:

1. Festsetzung des Voranschlags für das Verwaltungsjahr 1916.
2. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres und des Voranschlags für das Jahr 1917.
3. Erhöhung des Krankengeldes.
4. Feuerungszulage für die Angestellten der Kasse.
5. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Bei Behinderung des Ausschussmitgliedes wird der Vertreter zugelassen, wenn dies spätestens 3 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird.

Die Erasmanner der Ausschussmitglieder können der Versammlung als Zuhörer beiwohnen. (4884)

Lübeck, den 27. November 1915.  
Der Vorsitzende des Vorstandes  
Saarburger.

**Stadttheater.** (4885)

Dienstag, 7. Dezember 1915:  
Anfang 8 Uhr:  
Auf vielfachen Wunsch:

**Orpheus und Eurydice**  
Oper von Gluck.  
Mittwoch, 8. Dezember 1915:  
Anfang 8 Uhr:

**Der Biberpelz.**  
Diebeskomödie von G. Hauptmann.  
Donnerstag, den 9. Dez. 1915:  
Anfang 8 Uhr:

**Auf Befehl d. Kaiserin**  
Operetten-Idyll von Bruno Granichschan.



## Die Lebensmittelfrage vor dem Haushalts-Ausschuß des Reichstags.

(Sitzung vom 4. Dezember.)

Abg. Colshorn (Welfe) bespricht die schlechten Erfahrungen, die mit dem Einkauf in Rumänien gemacht worden sind. Der Optimismus vermög: er nicht zu teilen, der in manchen Reden Ausdruck fand. Die Futterversorgung gibt zu Bedenken Anlaß. Die Statistik bietet nicht selten ein schiefes Bild. Beim Vergleich des jetzigen Schweinebestandes mit dem früheren Jahre darf man nicht bloß die Zahl, sondern man muß auch die Qualität der Schweine in Betracht ziehen. Hier ergibt sich ein nicht unerhebliches Minderergewicht. Am besten liegen die Verhältnisse bei den Rindern. Der Vorwurf, daß die Landwirte ihre Vorräte zurückhalten, ist in dieser Verallgemeinerung nicht zutreffend. Die Verordnungen des Bundesrats verdienen scharfe Kritik.

Staatssekretär Delbrück bespricht die Kaufmöglichkeiten in den Balkanstaaten, die eine Einschränkung nur in der Transportmöglichkeit finden könnte; Redner wiederholt, daß an Getreide, Kartoffeln und Fleisch von einem Mangel keine Rede sein kann. Abg. Gothein (Fortf. Volksp.) fordert Erhöhung der Brotquoten, ganz besonders für die Bergarbeiter. Die Statistik beruht auf derart schwankenden Unterlagen, daß sie fast absolut wertlos ist. Das tatsächliche Ernteresultat wird erheblich höher sein, als jetzt angenommen wird. Die Einfuhr aus dem Balkan kann gefördert werden, wenn es gelingt, die Leistungsfähigkeit des „Eisernen Lores“ zu heben, eine Schwierigkeit, die überwunden werden kann. Die ungarischen Bahnen können ebenfalls recht rasch leistungsfähiger gemacht werden. Für die Zufuhr von Futtermitteln ist das sogar von ausschlaggebender Bedeutung. Die Hebung unseres Schweinebestandes ist von ungeheurer Wichtigkeit. Der Bundesrat mag mitunter rasch gearbeitet haben, eine zentralistische Verwaltung hätte rascher mehr geliebt. Der große Mangel ist, daß stets unangenehme Vorverhandlungen mit Preußen gepflogen werden müssen. Kein Zweifel, die Widerstände sind im preussischen Landwirtschaftsministerium zu suchen, das vielfach beiträgt, die Entscheidung hinauszuziehen. Es ist nicht nötig, jede Vorlage erst an die preussischen Instanzen zu geben. (Groß Redner: Preußen muß überhaupt zertrümmert werden.)

Kein, das verlangt niemand, aber die preussischen Widerstände müssen beseitigt werden. Redner kritisiert die Regelung der Kartoffelversorgung. Auch hier ist die Verzögerung auf das preussische Landwirtschaftsministerium zurückzuführen. Die Kartoffelnot ist groß. Um die Butter- und Fettarten wird man nicht herumkommen, dagegen erscheint eine Fleischarte nicht zweckmäßig. An der Hand von Beispielen zeigt Redner, daß sich die Zentral-Einkaufsgesellschaft für Vermittlung 50 % des Wertes der Waren berechnen ließ. Erst auf dringende Vorstellung ist dieser Satz ermäßigt worden. Bei der Beschlagnahme ist diese Gesellschaft in der rückwärtslosesten Weise vorgegangen. Die zu niedrigen Preisen beschlagnahmten Waren sind dann teurer weiterverkauft worden. Man wäre besser gefahren, wenn man den Großhandel organisiert hätte. Jetzt haben die Städte das ganze Risiko zu tragen. Wer gute Beziehungen zur Zentral-Einkaufsgesellschaft hat, der wird bei der Abgabe von Waren bevorzugt. Der ganze Geschäftsgang ist umständlich und teuer. Dadurch wird eine Ansammlung von Mißbräuchen erzeugt. Warum geht es denn mit den Kohlen? Einige Großfirmen regeln den ganzen Verkehr zur vollsten Zufriedenheit. Ein Fehler ist es, daß unbedingt notwendigen Betrieben zu viel Arbeitskräfte weggenommen werden.

Staatssekretär Helfferich legt Verwahrung dagegen ein, wenn versucht wird, die preussischen Instanzen verantwortlich zu machen dafür, daß manche Verordnungen nicht rasch genug erledigt worden sind. Ein Vertreter der Regierung verteidigt das Geschäftsgehabere der Zentral-Einkaufsgesellschaft, die die Gewinne der Allgemeinheit zuführen will. Mit den Gemeinden habe man die besten Erfahrungen gemacht; dagegen sind die Versuche, sich des Handels zu bedienen, fehlerhaft.

Abg. v. Camp (Freikons.) teilt die Ansichten des Abgeordneten Gothein. Die Ausdehnung der Brotquoten darf nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Wir haben so viel Brotgetreide, daß ein erheblicher Teil davon versüßert werden kann. Soweit die Statistik sich auf Schätzungen stützt, mag sie ungenau sein, bei der Viehzählung können aber kaum große Ungenauigkeiten zu verzeichnen sein. Unsere Schweinebestände haben sich ganz überraschend vermehrt. Bei der Verteilung der Lebensmittel soll man den Großhandel nicht ausschalten. Wozu haben wir denn in Preußen ein Landwirtschaftsministerium, wenn es nicht die Interessen der Landwirtschaft vertritt. Jedenfalls kann die Ernährung des deutschen Volkes als gesichert gelten. Die einzige Katastrophe liegt in dem Mangel an Fett. Die in Mangel zu befehen, hat die preussische Regierung den richtigen Weg eingeschlagen. Der größte Mangel ist aber, daß die Preise des Volkes die Preise für Lebensmittel nicht erweichen können. Hier muß die Hilfe eintreten, indem das Reich den Gemeinden Mittel zur Verfügung stellt, damit die Lebensmittel billig abgegeben werden können. Redner polemisiert schließlich gegen das Verhalten der Reichsgetreidegesellschaft gegenüber den Mühlen.

Abg. Dr. Wendorf (Fortf.) wendet sich gegen die agrarische Presse, die durch völlig unberechtigte Klagen Unzufriedenheit in das Volk getragen hat. Das Verlangen nach noch höheren Preisen ist völlig ungeduldet. Die heutigen Preise sind sehr hoch; von einer Gefährdung der Landwirtschaft kann gar keine Rede sein. Mit der gegenwärtigen Behauptung ermuntert man das Ausland zum Ausschalten gegen uns. Bei Roggen ist der Preis um 40 %, bei Hafer und Gerste um 30 % gegenüber den letzten zehn Friedensjahren gestiegen. Wesentlich steigt es mit einer ganzen Reihe anderer landwirtschaftlicher Produkte. Butter ist um 100 Prozent gestiegen. Der Butterpreis kann ohne Gefährdung der Landwirtschaft erheblich herabgesetzt werden. Der Landwirt geht es gegenwärtig sehr gut. Die Preise für Mastschweine haben sich seit Jahresfrist verdoppelt. Trotzdem haben einige Landwirte die Schweinemästerei eingestellt. Das ist so bedauerlicher, als die Dedung des Getreidebestandes eine zwingende Notwendigkeit ist. Zu bedauern ist, daß man sich noch immer nicht entschlossen hat, Zertifikate einzuführen. Bei der Verteilung der Futtermittel steht fest, daß Landwirte, die gute Beziehungen haben, die Futtermittel wagenweise erhalten, andere Landwirte, so auch der Redner selbst, haben nichts erhalten. Die Regelung der Kartoffelversorgung ist ungenügend, weil das preussische Landwirtschaftsministerium hindern eingriff. Der östliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ scheitert offenbar im Dienste völlig einseitig agrarischer Interessen. Herausgegeben wird diese Zeitschrift vom preussischen Minister des Innern, der ja schon mehrfach durch seine Verträge, die Preise zu beeinflussen, wenig angenehm aufgefallen ist.

Abg. Dr. Böhme (Natl.) beklagt die mißliche Lage der Kleinbäuerlichen Besitzler, die im Felde stehen, während der Betrieb durch Frau und Kinder aufrecht erhalten werden muß. Dieser Anstand und die teilweise verfehlten Verordnungen der Regierung haben viel Bitterkeit erzeugt. Die Maßnahmen zur Versorgung mit Kartoffeln waren verpöblich und verfehlt. Die agrarischen Führer haben mit ihrem Auftreten der Landwirtschaft einen schlechten Dienst erwiesen. Für jette Schweine sollte ein etwas höherer Preis bewilligt werden. Wenn im vorigen Jahre die Profiteure jaldie Schiffe gezogen haben, dann trifft die Schuld nur die unzureichende Statistik, die man ihnen unterbreitet hat. Das preussische Landwirtschaftsministerium ist mindestens mitschuldig daran, wenn die Versorgung des Volkes mit landwirtschaftlichen Produkten in nicht genügender Weise ermöglicht wurde. Dort fehlt es ganz offensichtlich an sozialem Verständnis. Die Einführung von Butter und Fettarten ist erwünscht, Voraussetzung ist aber, daß die entsprechende Menge Fett vorhanden ist. Redner schließt sich der Beurteilung der Rentabilität der Landwirtschaft durch den Abg. Dr. Wendorf völlig an. Die günstige Lage der Landwirtschaft ist selbst von Großgrundbesitzern anerkannt worden.

Abg. Dr. Koeslke (Bund der Landwirte): Daß der Enthusiasmus der ersten Kriegstage heute nicht besteht, ist richtig und begreiflich. Das ist aber nicht zurückzuführen auf einen wirtschaftlichen Mangel. Das Brot ist nicht teurer als in Friedenszeiten, die Kartoffeln sind sogar billiger, im allgemeinen stehen die Preise unter den Friedenspreisen. Der Nährwert von Kartoffelbrot ist derselbe wie von Roggen- oder Weizenbrot. In England ist das Brot viel teurer. Die Preise für Rinder sind gegenüber den Produktionskosten nicht genügend gestiegen. Nur das Schweinefleisch ist etwas teurer geworden. Die Japanen z. B. sind in Frankreich viel teurer. Man hat in Deutschland nicht den geringsten Anlaß über besondere Teuerung zu klagen. Die Sozialdemokraten scheinen in der Beurteilung dieser Dinge nicht einzig zu sein. Sind denn nicht auch alle anderen Artikel teurer geworden? Welch enorme Profite haben die Lederfabriken gemacht! Darüber hat man eigentlich wenig Klagen gehört, nur der Landwirtschaft hat man alle mögliche Schuld beigemessen. Die Kritik ist nicht unterbunden worden; die sozialdemokratische Kritik ist der beste Beweis dafür. Die Miß-

klimmung im Volke ist nur durch die verheerende Wirksamkeit der Presse hervorgerufen worden. An der mangelhaften Versorgung mit Kartoffeln trägt die Landwirtschaft keine Schuld; diese liegt vielmehr in der mangelhaften Organisation. Die Kommunen waren außerdem viel zu wahllos in der Auswahl der Kartoffeln. Die Butterproduktion ist zurückgegangen, aber wir haben pro Kopf der Bevölkerung trotzdem mehr Butter als wie im Jahre 1872. Eine Einschränkung bedeutet noch keine Unterernährung. Es ist eine Verfeinerung der Verhältnisse, zu behaupten, daß die Molkereien die Butter zurückhalten. Der Landwirtschaft diktiert man die Preise, ohne zu bedenken, wie eine Verbilligung der ländlichen Bevölkerung wirken muß. Die Regierung war bei Erlaß ihrer Verordnungen offenbar nicht auch von landwirtschaftlichen Sachverständigen beraten. Unter den Landwirten gibt es leider viele, die nicht entsprechend rechnen können und die dann ein ganz schiefes Bild von den Verhältnissen in der Landwirtschaft aufkommen lassen. Demgegenüber ist Herr Calwer ein glänzender Beurteiler der Verhältnisse. Die Vermögenssubstanz in der Landwirtschaft geht unstrittig zurück. Der Regierung ist der Vorwurf zu machen, daß sie es nicht verstanden hat, die Interessen der Konsumenten mit denen der Produzenten in Einklang zu bringen. Die Landwirte wollen nicht höherer Einnahmen, um sich zu bereichern, sondern nur, um die Landwirtschaft zu heben. Redner schloß mit einem begeisterten Lob für den preussischen Landwirtschaftsminister, dessen Verordnungen leider nicht genügend berücksichtigt wurden.

Staatssekretär Helfferich behandelt die Anträge der Konsumenten, die vom Reich die Mittel verlangen, die eine billige Abgabe von Lebensmitteln ermöglichen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches ist aber begrenzt. Zweimal ist bereits ein Fond von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden, um wirtschaftliche Schäden zu mildern. Das Reich noch mehr zu belasten, ist nicht gut möglich. Der Redner macht nur Beweis dafür eine Reihe vertraulicher Mitteilungen. Zwischen die beiden Währungsprodukte Produktion und Konsum darf das Reich nicht kommen. Die Unterstützung der Landwirtschaft mit Futtermitteln ist eigentlich nur eine Transportfrage. Die Preise in Rumänien sind durch Spekulationen in die Höhe getrieben worden. Jetzt sind die Preise niedriger, freilich immer noch hoch genug. Sache der Zentral-Einkaufsgesellschaft wird es sein, die Wünsche der Landwirtschaft möglichst zu erfüllen. Zunächst zum Bezug von Futtermitteln zu leisten, ist Sache der Einzelstaaten. Zu beklagen ist jedenfalls nicht, daß die Kosten der Lebenshaltung im feindlichen Ausland sich mehr verteuert haben, als wie bei uns. Die Landwirte treiben nicht Ruckel, im Gegenteil waren es die landwirtschaftlichen Organisationen, die zuerst eine Festsetzung von Höchstpreisen forderten. Man müßte die Bevölkerung darüber aufklären, daß in Deutschland alles geschieht, was geschehen kann, um einen Mangel nicht aufkommen zu lassen. Die Beratung wird Montag fortgesetzt.

## Vertammlung der Lübecker Bürgerchaft.

h. Lübeck, 6. Dezember.

Wortführer Dimpfer eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. Die Neuwahl für den Wortführer fiel auf Dr. Görz, der sämtliche 71 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte. Dr. Görz erludt, auch während seiner Amtsführung dieselbe Eintracht walten zu lassen, wie sie während des Krieges unter seinem Vorgänger obgewaltet hat.

Bei der Neuwahl des ersten Stellvertreters des Wortführers erklärt Henze: Der Herr Wortführer hat ja eben in vorzüglichen Worten auseinandergesetzt, daß die Gerechtigkeit eine Grundbedingung für die Eintracht im Innern ist. Sie können sich diese Worte zu eigen machen und dazu beitragen, wenn Sie auch uns Gerechtigkeit widerfahren lassen. Seit 10 Jahren gehören die Vertreter der 2. Klasse der Bürgerchaft an. Sie werden zugeben müssen, daß wir uns mit allem Eifer an den Arbeiten des Lübecker Parlaments beteiligten. Es wäre ungerecht, wenn Sie uns für die Dauer auch jetzt noch vom Präsidium ausschließen würden. Ich ersuche Sie, heute zum erstenmal mit dem alten Brauch zu brechen und ein Mitglied unserer Fraktion in das Präsidium zu wählen. Wir schlagen unsern Freund Paul Böwig als ersten Stellvertreter des Wortführers vor und bitten, dem Vorschlag zu entsprechen.

Thiele verpflichtet den Ausführungen des Vorredners vollkommen bei. Gewählt wird Kommerzienrat Scharff mit 52 Stimmen. Auf Böwig entfielen 13 Stimmen.

## Im Hirtenhaus.

Eine oberfränkisch: Dorfgeschichte von Heinrich Schaumberger.

17. Fortsetzung.  
Hansnifel konnte vor Mitternacht nicht schlafen, heimlich wachte er sich mit der Beutelehne die Augen. Draußen vor dem Ofenloch drohte er seiner Tochter mit der Faust und sagte: „Mädle, redeßt du noch ein Wort gegen die Schreimers, hast du's aus bei mir, merk's!“

Da die Schwarze nicht aufstand, sah auch nicht um ihre Kinder kümmerte, ermahnte sich Margelies der Verlassenen und ließ sie an ihrem Tisch mitessen. Weinend wollte sie janzan, als sie danach Emil kniffen und Tine schimpfen, aber Lorenz hielt ihr den Mund zu und lachte: „Sei harmlos, das ist recht; tu es aber nicht um des Dankes willen, dann brauchst du dich über Abend nicht zu erzürnen.“

Nachts gingen die Wassermaus und das Mädle in ihre Lichtstube, der Wasserchristian ins Wirtshaus, das Bettelkratz lag schon lange im Bett — so war die Schreimersfamilie mit dem Hansnifel und der Hirtenlang allein gar traulich zusammen. Hansnifel sah glücklich neben dem Kasten, in dem seine Uhr tickte, und flopfte der Tine und dem Emil Händchen auf, Lorenz schnitzte Lichtspähne, Schleißen genannt, Margelies nähte, und Marie strickte mit der Nadel um die Wette. „Ja, der Kirchbauer muß kein reines Gewissen haben“, berichtete die Hirtenlang. „Die Kirchbauerin hat mir erzählt, die ganze Nacht habe er geschätzt und geschätzt, und heut' morgen habe er so verwirrt dreingesehen, es sei ihr ganz angst geworden.“

„So ist's recht“, sagte Lorenz, „wenn er nur darauf bestehen bleibt!“

11.  
Ein Erwachen.

„Kann ich helfen?“  
„Wer erst fragt, ist der rechte Helfer“, lachte Lorenz, der gepaltene Kaffeeplattchen von seinem Handstücken in den Hausrug trug. „Mebrigens darfst du zuerst an dich selber denken, du bedarfst der Hilfe am allermeisten!“  
„Wie meint Ihr das?“  
„Du — — — Ich hätte bald was gesagt! — Gib mir einmal aufrichtig Antwort, was bist du denn eigentlich? — He? — Siehst du, Christian, da liegt der Hund begraben! — Nichts bist du — ein Garnichts, höchstens — wenn's durchaus was sein muß — ein Tagelöhner und Lotterbube! — Verstehst du jetzt, daß dir viel fehlt und dir Hilfe nottut?“

Der Wasserchristian ließ den Kopf hängen; nach einer Weile brummte er: „Kann ich dafür, daß nichts aus mir geworden ist? Warum hat mich meine Mutter zu nichts angehalten, warum hat sie mich nichts lernen lassen und mein Faulenzen so gelitten?“

„So? — Bis heute habe ich dich bloß für einen arbeitsfähigen Diensthöcker gehalten, jetzt seh ich, du bist ein rechter Nichtsnutz und ganzer Lump dazu. Deiner Mutter willst du Korwürde machen, du? Hast du sie nicht gezwungen damals durch dein Erziele im Ungersbaumgarten, daß sie deine Lumperei geduldig ertragen mußte? Wie konnte sie dich zur Arbeit anhalten, da sie besüchten mußte, du könntest den ersten besten Baum, an dem dich der Weg vorbeiführte, zum Galgen erwidrigen? — Und das ist jetzt dein Dank für ihre Geduld, für ihre Nachsicht? So belohnst du deine Mutter dafür, daß sie dich lange Jahre gänzlich erpaltet hat? — Geh mir aus den Augen — mir wird's übel, wenn ich dich ansehe.“

Damit legte sich Lorenz den Zugriemen über die Schulter und fuhr eifrig die Mergelgasse hinauf.  
Christian lehnte an der Hauswand und sah ihm verblüfft, bestürzt nach; allmählich brannten zwei dunkelrote Fleck auf seinen Wangen auf. Lorenz hatte den verfallenden Schleier von seinem Innern gezogen, an dem selber zu rühren er bis heute aus Faulheit und Feigheit nicht gewagt hatte. In ihrer ganzen Erbärmlichkeit und Schandlichkeit stand die erste und einzige selbständige Tat seines Lebens vor ihm; alle Entschuldigungen, womit er sein Gewissen beschwichtigt, sein zwiesaches Dahinleben beschönigt hatte, erwiesen sich als falsch, ja, im Sandumröhen wurden sie zu neuen Anklagen. Christian hatte die Empfindung, einen erbärmlicheren Menschen, wie ihn, müße es auf der Welt nicht geben, und er sei eigentlich nicht wert, daß ihn die Sonne ward ansehe.

Während er so grübelte und sich selbst mehr und mehr verachtete, ging drinnen die Stubenfrau, und er hörte im Hausflur die Hirtenlang sagen: „So — geh nur, Mariebärble, daß deine Herrenleute nicht auf dich warten. — Drei Viertel Weizenmehl wollen auch nach Einzelberg getragen sein!“

„Mutter, ich muß Euch noch was sagen — drinnen mach' ich nicht wegen dem Herle“, entgegnete eine frisch: Mädchenstimme, „guckt, es liegt mir schon lang auf, daß es immer heißt, der ihre Mutter ist auch im Hirtenhaus. Ihr solltet ausziehen, ich wollt ja gern den Hauszins für Euch bezahlen!“

„Mädle, bist du bei Trost, was fällt dir ein?“ rief die Hirtenlang ganz erschrocken. „Ich aus dem Hirtenhaus? — Wo denkst du hin? — Sind wir nicht mit Ehren da? Laß die Leute reden, die vernehen das nicht!“

„Ja, Mutter, nehmt's nicht ungut, eine Ehr' ist's halt doch nicht, und — und — und ich hab' drunter zu leiden. Tut's meinets wegen — und zieht aus!“

„Mädle, du erschreckst mich! — Was kann's dir schaden, daß ich im Hirtenhaus bin?“  
„Das lag ich Euch auf ein andermal, glaubt mir nur, es ist so!“

„Ach, Kind, ja, das ist freilich was anderes, da muß ich mir's doch überlegen. — Ja, aber gleich ist's nichts, vom Vater darf ich nicht fort, das Mädle ist oft gar wunderbar und geht nicht gut mit ihm um!“



**Zum 2. Stellvertreter des Vorsitzers** wird H. Thiel gewählt. Er vereint 59, Löwigt 13 Stimmen auf sich.  
In den Bürgerausschuss wurden gewählt: Dr. Benda, E. Boie, Burwid, Dimpfer, Eder, Pastor Evers, Dr. Gruba, Grünau, Hahn, Heise, Pechelhoff, Frösch, Dr. Schlämer, Schulmerich, Thode.  
Am Senatsstisch wird eine Verichtigung über die Brauereiarbeit befandgegeben. Durch die in der letzten Sitzung der Senatsversammlung angenommene Fassung würde statt einer Ermäßigung eine große Erhöhung eintreten.  
Senator Dr. Fehling erklärt, der Senat sei nicht geneigt, einen Gesetzentwurf über die zivilrechtliche Verantwortung von Senat und Behörden vorzulegen. Ein Dekret über diesen Entschluß werde dem Vorsitzenden sofort übergeben.  
1. Antrag: Erziehung einer Kaimauer an der Vorstadtsseite des zweiten äußeren Hafens gegenüber der Wallhalbinsel.  
Tag. Vape bezeichnet vom technischen Standpunkt aus das Projekt als vorzüglich. Seine Bedenken gegen die Vorlage seien aber dadurch nicht zerstreut. Erst müsse die Brückenverbindung nach dem Rehderschen Projekt verwirklicht und von der Bahn eine direkte Verbindung zur Stadt geschaffen werden. Redner beantragte nochmalige Kommissionsberatung, um die Brückenfrage gründlich zu prüfen. Jetzt hätten wir auch durch Verpachtung der Plätze noch 5000 Mark Einnahmen. Müßten den Wächtern Entschädigungen bezahlt werden, würde der Staat neu belastet. (Ehe 700 000 Mark bewilligt würden, sollte man sich die Sache doch noch einmal überlegen.)  
Senator Dr. Stojas tritt für die Senatsvorlage ein. Mit der Frage einer Brücke über den Stadtgraben im Zuge der Marienstraße hänge die Vorlage nur lose zusammen. Es werde in absehbarer Zeit eine Vorlage an die Bürgerschaft gelangen, die die Brückenfrage betreffe.  
Böhs hebt hervor, daß die Verlängerung des Vertrages mit der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ohne Genehmigung der Bürgerschaft geschehen sei. Das ist wohl ein Zeugnis für außerordentliches Wohlwollen gegenüber der Industrie resp. der Maschinenbau-Gesellschaft. Ein Aktionär der Gesellschaft habe sich vor Jahren gekauft, der Vertrag sei für die Maschinenbau-Gesellschaft sehr ungünstig. Das sei aber nicht der Fall. Die Ede, die die Maschinenbau-Gesellschaft im Besitz habe, järe die Einzahlung zum Aktienkapital und müsse abgezogen werden.  
Senator Dr. Stojas verteidigt das Vorgehen des Senats in der Vertragsangelegenheit. Wegen der formalen Ueberlassung könne ein Vorwurf nicht erhoben werden, denn Schaden sei dadurch nicht entstanden.  
Dr. n. Broden hält abermalige Kommissionsberatung für überflüssig, da die Aenderung der Brückenanlage bei der neuen Kaimauer nicht in Betracht komme. Hier sei der Fabrikanschlus von Wichtigkeit, und der sei vorhanden. Prinzipielle Ausnahmen hätten die Kommission nicht gesehen. Das Gesetz sei für Lübeck von großer Bedeutung und für unsere Kaufmannschaft wertvoll. Ihr müsse der Dienst geleistet und der Kai bewilligt werden.  
Senator Dr. Fehling: In den Verträgen über die Plätze steht ausdrücklich, daß im Falle eines öffentlichen Interesses oder in öffentlichen Angelegenheiten die Kommissionsberatung nicht stattfinden darf. Die Firma will erklärt, sie hätte durch die hiesige Behörde große Verluste, da sie z. B. einen Schuppen für 115 000 Mark errichtete. Sie glaubt, auf rechtlichem Wege Schadensersatzungen erlangen zu können. Die Prüfung der Frage hat aber ergeben, daß die Firma rechtlich nichts zu fordern hat. Etwas anderes ist, ob aus Billigkeitsgründen etwas zu bewilligen ist.  
Tag. Vape erhebt aus diesen Ausführungen, daß der Staat durch die Neuarbeiten doch Einbußen erleidet. Es sei auch zu bedenken, wenn Geschäftsfirmen so schnell geneigt würden, ihre mit diesen Kosten erzielten Anlagen zu räumen. Ohne Verbindung mit der Brückenfrage sollte die Vorlage nicht erledigt werden.  
Senator Dr. Fehling betont, daß man bei Verpachtung der Plätze am Hafen sehr vorsichtig gewesen sei. Wäre die Behörde es nicht gewesen, dann hätte man ihr jetzt einen Vorwurf machen können.  
Böhs erwähnt, nicht die Finanzbehörde habe den Bau der Kaimauer zuerst in Beschlag genommen, sondern die Kaufmannschaft.  
Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen. Der Antrag von Tag. Vape auf Kommissionsberatung wird abgelehnt.  
2. Antrag: Haushaltsplan betr. den Elbe-Trade-Kanal für das Rechnungsjahr 1916.  
Wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.  
3. Antrag: Erlaß eines Gesetzes betr. die Aufhebung und Durchführung des Haushaltsplans.  
Der Bürgerausschuss hat beantragt, daß Neuanschaffungen, Reparaturen und Umbauten in einem belohenden Ausmaß ausgeführt werden müssen, dessen Summe 1000 Mark übersteigt.  
Senator Evers weist, den Behörden auch etwas Vertrauen zu bewahren und die alte Summe von 1500 Mark zu belassen.  
Böhs vertritt den Standpunkt des Bürgerausschusses.  
a. Schöda erklärt, man sollte sich seiner Rechte nicht berauben und so bei 1000 Mark belassen.  
Senator Evers glaubt, daß dadurch die Rechte der Bürgerschaft nicht berührt werden.  
Der Antrag des Bürgerausschusses wird angenommen.  
Nach einer weiteren rechnerischen Aenderung wird die Vorlage mit Zweidrittelmehrheit angenommen.  
Antrag von Hoff (den Bürgerausschuss zur näheren Erwägung beizugeben und nicht an den Senat gebracht): Die Bürgerschaft erhebt den Senat, baldmöglich eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Familien in den Dienst gesetzlicher Mannschaften einzusetzen zu lassen.  
Erstellung: Ich bedauere außerordentlich, daß der Bürgerausschuss diesen Antrag abgelehnt hat. Es wird ja angenommen, die Kriegerfrauen helfen sich sehr gut, sie brauchen keine Erhöhung der Unterstützung. Dagegen bin ich der Meinung, daß man durch die heutigen Verhältnisse zu einer anderen Auffassung gelangen muß. Bisher man sich die Lebensmittelpreise, bedauert man, wie bei der Kriegsausbruch stiegen sind, mit der Wucher, der hier recht deutlich wahrnehmbar war, an Ausbrennung angenommen hat, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß das, was damals von den Behörden und von uns als maßgebend betrachtet wurde, heute nicht mehr zutrifft. Das unsere Auffassung richtig ist, geht daraus hervor, daß der Senat behauptet, den Beamten und Angehörigen eine Teuerungszulage zu gewähren. Darin liegt die Anerkennung der Tatsache, daß alles teurer geworden ist und eine Zulage notwendig war. Man weiß auf die erhöhte Lebensunterstützung für Kriegerfrauen und deren Kinder hin. Sie hält aber mit der Erhöhung der Lebensunterstützung und dem zum Leben notwendigen nicht hand. Die gegenwärtige Unterstützung ist in der Tat nicht ausreichend, um der Frauen anderer Krieger entgegenzusetzen das zu gewährleisten, dessen sie bedürftig sind. Hier und dort wird zwar gelegentlich, ausdauer, die Kriegerfrauen stellen sich in den Cafés auf und werden dort gesehen. Ich habe diese trübe Auffassung schon öfters vertreten. Wenn Sie die Kriegerfrauen und deren Kinder kennen lernen, dann geben Sie sich so Gedanken und Anschauungen verkauft werden, dort werden Sie Ihre Lage am besten beurteilen. Es ist wiederholt betont worden, daß wir an die Krieger eine Dankeschuld schulden, die darin besteht, den wiederkehrenden Krieg ein möglichst gutes Dasein zu gewährleisten. Sie haben im Jahre 1914, als wir uns mit den Krieger, bestanden haben wir alles gegeben, heute ist die Zeit der Dankeschuld abgelaufen. Und die Dankeschuld, die wir den Krieger schuldig sind, ist es, daß wir der Krieger Zeit bieten, die Sie, Ihre Angehörigen und dem Senat zu übertragen. (Bravo) bei den Sozialdemokraten.)

Thiele erhebt ebenfalls, dem Antrag zuzustimmen. Man könne hingegen wohl man wolle, überall wo die Kriegerfrauen keine Unterstützung von Verwandten erhielten, sei es traurig bestellt.  
Senator Evers erklärt, der Bürgerausschuss habe anerkannt, daß die Unterstützung ausreichend sei. Sie sei mit die beste in Deutschland. Nicht die Kriegerfamilien allein seien die Geschädigten, alle müßten sich einschränken. Es kämen auch noch die öffentlichen Unterstützungen durch das rote Kreuz in Betracht, zu denen der Staat auch beitrage. Einschränkungen müßten sich die Kriegerfrauen, aber Not brauche keine zu leiden. Er habe die größte Hochachtung vor den Kriegerfrauen, es seien nur seltene Ausnahmen, die etwas verschwendeten. Man müßte aber die ungeheuren Summen in Betracht ziehen, die die staatliche Unterstützung erfordere. Der Antrag von Hoff sei abgelehnt worden, um keine übertriebenen Hoffnungen zu erwecken.  
Erstellung: Ich kann nicht wünschen, daß durch diesen Antrag übertriebene Hoffnungen erweckt werden sollen. Dieser blutige Weltkrieg verschlingt Millionen und Milliarden, da haben wir um so mehr Ursache, dafür zu sorgen, daß die Kriegerfrauen einigermaßen ihr Dasein fristen können. Und wenn Herr Senator Evers sagt, von Not könne nicht gesprochen werden, so möchte ich doch auf Hoff's Ausführungen in der letzten Bürgerschaftssitzung hinweisen, die darlegten, daß die vollen Unterstützungen gar nicht immer bezahlt werden. Es ist leicht gesagt, die Frauen und Kinder erhalten so und sonst. Sie bekommen es nicht in allen Fällen, wenn der Mann weniger verdient hat. Das ist es, was wir beurteilen. Ich frage Sie, wo soll eine Frau und 4 Kinder heute damit hin, wenn sie per Tag und Kopf 4 Pf. erhält. Bei den angezogenen Zahlen war die Hilfe des roten Kreuzes schon angerechnet. Halten Sie sich dieses vor Augen, werden Sie von ausreichender Unterstützung nicht reden können. Ich will gern unterstreichen, daß Lübeck mit seiner Unterstützung mit an erster Stelle steht. Doch die Lage war bei der Festlegung der jetzt noch geltenden Unterstützungssätze ganz anders, die Lebensmittelpreise waren verhältnismäßig noch billig, während sie heute sehr hoch sind. Daß auch andere Kreise unter dem Kriege zu leiden haben, ist richtig, wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß wir glücklicher daran sind, als die Kriegerfrauen, die ihr Liebstes ländlich und täglich der größten Gefahr ausgesetzt sehen, die damit rechnen müssen, daß der Mann nicht mehr oder nur als Krüppel zurückkehrt. Deshalb ist es unsere Pflicht, ihnen einigermaßen die schwere Last des Daseins abzunehmen, damit sie und ihre Kinder halbwegs menschlich leben können. Ich bitte Sie also, dem Antrag zuzustimmen.  
Senator Evers betont, der Senat sei bemüht, der Not zu steuern. Die von Stellung angezogenen Fälle, wo mehr als 75 Proz. des früheren Einkommens in Frage kommen, würde wohlwollend geprüft.  
Der Antrag von Stellung wird abgelehnt.  
Antrag von Böhs: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglich eine Vorlage einzubringen, nach der 1. zum Zwecke des Festpreises direkt am Strande eine massive Schuttmauer ausgeführt werde in ähnlicher Bauart, wie im Kommissionsbericht 1914 Nr. XXX näher beschrieben, 2. ebenfalls eine oder mehrere Anlagen zur Strandbildung errichtet werden.  
Der Antragsteller begründet die Notwendigkeit der Arbeiten, wegen die sachlich nicht eingewendet worden sei und erwidert um seine Annahme. Mit kleinen Mitteln könne man hier etwas Gutes schaffen.  
Der Antrag wird angenommen.  
Schluß 8 Uhr 10 Minuten.

Zwei Mühlen geschossen. Wegen Zuwenig handelte gegen die Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Brotgetreide und dessen Vermahlung sind die Mühlen von Scheffler in Czert und von Koepe in Lang im Bezirk Königsberg bis auf weiteres behördlich geschlossen worden.

### Aus der Partei.

**Verjährtes Strafverfahren.** Unter dem Titel „Ostpreussischer Wiederhandel“ hatte der „Vorwärts“ im September, Oktober, November 1913 verschiedene Artikel veröffentlicht, die die Verjährung von Straftaten durch die Remontekommission behandelten. In den Artikeln sollte eine Verjährung des Majors v. Randschütz enthalten sein, weshalb gegen die Vorwärtsredakteure Leid, Wernuth und Wieleyn Klage erhoben wurde. Der im Juni 1914 stattgehabte Termin verlief nach zweitägiger Verhandlung der Verjährung. Jetzt ist das Verfahren infolge Verjährung eingestellt worden.  
Bei der Bürgerwahlenwahl in Danabrück wurde am Donnerstag zum ersten Mal auch ein Sozialdemokrat, der Redakteur Wesper, gewählt. Die jahrelangen Anstrengungen der Partei um eine Vertretung auf dem Danabrücker Rathhaus haben endlich Erfolg gehabt.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Ueber Auswanderung schweizerischer Arbeiter nach Deutschland.** Der Baster „Vorwärts“ warnt die schweizerischen Arbeiter vor der Auswanderung nach Deutschland, wo sie direkt oder indirekt nur im Dienst des Krieges stehen können. Die schweizerische Partei steht, wie auf dem Maxauer Parteitag ungewöhnlich zum Ausdruck kam, auf dem Standpunkt, daß sich die strikte Neutralität nicht mit der Munitionsfabrikation und Lieferung an die kriegführenden Länder vereinigen läßt. Sie nimmt darin einen entschiedeneren Standpunkt ein, als die amerikanischen Parteien. Auch haben die schweizer Blätter schon von früheren Kontingenzen berichtet, d. h. von einzelnen Fällen, wo gute Verdienstmöglichkeiten von armen Arbeitern ausgeschlagen wurden. Unjehome meint daher der „Vorwärts“ vor der Abwanderung nach Deutschland warnen zu müssen. Er beruft sich dabei auch auf die Erfahrung eines aus Deutschland zurückgekehrten Arbeiters, der von den deutschen Kollegen sehr unfreundlich behandelt worden wäre und den Vorwurf hören mußte, daß für jeden fremden Zugewanderten ein einheimischer Arbeiter für die Front abkömmlich werde.

### Soziales.

**Waisenrente für uneheliche Kinder in Ungarn.** Ein Budapestener Arbeiter starb infolge eines Unfalles. Er hinterließ ein Kind, das er noch bei Lebzeiten als das feinnige anerkannte. Die Mutter verlangte, daß die Unfallversicherungsgasse, da sie als geistlich nicht angesehene Frau auf eine Rente keinen Anspruch hat, dem Kinde die einer gesetzlichen Frau gebührende Rente zusprechen möge. Die Angelegenheit kam vor das Schiedsgericht, das dem Kinde eine 30prozentige Rente zuerkannte. Das Kind wurde in diesem Falle als Doppelwaise angesehen, für welche das Gesetz im Sinne der Entscheidung vorsteht. Uneheliche Kinder haben also in Ungarn Anspruch auf eine Rente, wenn der Vater durch Unfall stirbt.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Das Urteil im Armeelieferungsprozess.** In dem 3 Wochen währenden Prozess gegen Arthur Jacobi und Genossen, Armeelieferungsprozess, vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin I erkannte das Gericht auf folgende Urteile: 1. Gegen den Kaufmann Arthur Jacobi, Inhaber der Schuhwarenfirma Emil Jacobi, 5 Jahre 2 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust, 4 Monate werden auf die erlittene Unteruchungsschuld angerechnet. 2. Gegen den Kaufmann Carl Kohn, Inhaber der Firma Julius Mandelbaum u. Co., München, 4 Jahre 6 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust, 4 Monate werden auf die erlittene Unteruchungsschuld angerechnet. 3. Gegen den Kaufmann Ernst Schmidt, Mariendorf, 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 2 Monate werden auf die erlittene Unteruchungsschuld angerechnet. 4. Gegen den Lageristen Wolfgang Urban, München, 4 Monate Gefängnis. 5. Gegen den Lageristen Franz Goppel, München, 3 Monate Gefängnis. 6. Gegen den Reisenden Joseph Kohn, München, auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung wird folgendes besonders hervorgehoben: Der Gerichtshof erachtet ein Vorliegen des Landesverrats § 89 des Strafgesetzbuchs nicht als gegeben, auch nicht die Verletzung des Paragraphen 329 des Strafgesetzbuchs wegen Nichterfüllung behördlicher Aufträge für Armeelieferungen, da das Gesetz sich nur auf deutsche Behörden bezieht. Dagegen machten sich die Angeklagten des Betruges gegen den Österreichisch-ungarischen Staat im Sinne des Paragraphen 263 des Strafgesetzbuchs schuldig. Bei der Strafzumessung wurde erwogen, daß Deutschland mit seinem Bundesgenossen Österreich-Ungarn sich in hartem Ringen um Selbständigkeit und Freiheit befindet.

### Aus Nah und Fern.

**Explosion in einer Schulkasse.** Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich in einer Schulkasse des im Kreise Lüben gelegenen Kirchbories Mitten. Während des Unterrichts erfolgte plötzlich in einer Bank eine juchbare Explosion, die, wie sich herausstellte, durch eine Quecksilberexplosionspatrone hervorgerufen war, mit der ein Schüler gespielt hatte. Seine Leichtfertigkeiten hat der Knabe schwer büßen müssen; denn die Sprengkraft rissen ihm die linke Hand vollständig ab. Alle übrigen Schüler der stark besetzten Klasse sind glücklicherweise unverletzt geblieben.

**Rauchverbot für die Jugend in Banen.** Laut Mitteilung des bayerischen Kultusministeriums an die Blätter ist für die gesamte volks- und fortbildungspflichtige Jugend das Tabak- und Zigarettenrauchen von Schulaufsicht wegen verboten worden. Sämtliche mit der Handhabung der Schulaufsicht betrauten Lehrpersonen und Schulaufsichtsbehörden werden angewiesen, die Beobachtung dieses Verbotes mit allen Mitteln der Schulaufsicht nachdrücklich durchzuführen.

### Verlustlisten.

Erhalten sind:  
Liste Nr. 2 der aus Rußland zurückgekehrten Preussisch-Zuständig-Gefangenen.  
Preussische Verlustliste Nr. 397.  
Bayerische Verlustliste Nr. 239.  
Sächsische Verlustliste Nr. 233.  
Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.  
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Zur Teuerung.

**Kriegsgewinn einer Großmühle.** Das Organ des Verbandes deutscher Handelsmüller veröffentlicht die Bilanz einer Großmühle, die im letzten Bilanzjahr bei einem Aktienkapital von 600 000 Mark einen Reingewinn von 577 000 Mark erbrachte, also etwa 90 Prozent Dividende hätte verteilen können, während sie in weicher Dividendenpolitik nur 15 Prozent zur Ausschüttung gebracht habe. Aus der Aufstellung ergibt sich, daß die Generalunkosten gegenüber dem Vorjahr nur um 2 Prozent gestiegen sind, wobei die Steigerung der Löhne nur 319 Mark ausmachte. Unerwartend hoch ist die Höhe der Abschreibungen; sie sind zehnmal so hoch als im Vorjahre und betragen über 40 Proz. des Aktienkapitals. — Für solche Wuchererträge müßte sich doch der Staatsanwalt interessieren!

**Zum Vieh- und Fleischmangel.** In der „Allgemeinen Fleischzeitung“ wird über den geringen Auftrieb von Vieh, insbesondere Schweinen, auf dem Berliner Viehhof geklagt. Das Blatt schreibt u. a.:

Eine Ursache ist erst dann zu erwarten, wenn das bestehende Verbot des „Vorverkaufs“ auf dem Berliner Viehhof mit äußerster Strenge zur Durchführung gelangt. Für die Ueberrettung des betreffenden Verbots bestehen bis jetzt nur kleine Polizeistrafen, die wirkungslos bleiben. Die Beamten des Viehhofes sind der Ansicht, daß nur die Androhung von Gefängnisstrafen helfen könne. Es ist auch nötig, daß die zum Verkauf stehenden Schweine in kleinen Losien zum Verkauf gestellt werden. Jetzt ist es ein offenes Geheimnis, daß der Ankauf von Schweinen nur der Kunst oder Ungunst der Verkäufer oder von der mehr oder weniger offenen Hand, welche der Käufer neben der Zahlung des Höchstpreises befreit, abhängig ist.

In Westpreußen sind eine Anzahl Stadtverwaltungen dazu übergegangen, mit westpreussischen Käsebesitzern Abkommen zur Lieferung von Schweinen zu machen. Der Magistrat von Danzig hat sich 3000 Schweine gesichert. — Der Magistrat von Schöneberg bei Berlin hat sich mit Schweinemästern in Verbindung gesetzt und vermittelt der Fleischlieferung Schweine zum Schlachten.

Der Bierausschlag abgelehnt hat der Zentralverband der hessischen Gastwirte. Er beantragte beim Frankfurter Generalkommando die Festsetzung von Höchstpreisen für Bier.

**Organisation der Butterversorgung.** Die aus dem neutralen Ausland hereinkommende Butter geht nicht mehr durch Zwischenhändler an die einzelnen Groß-Butterfirmen, sondern muß der Reichs-Einkaufszentrale überwiesen werden. Diese nimmt eine Verteilung auf die einzelnen Bezirke Deutschlands vor. Zur Entlastung der Zentrale und zur jähneleren Versorgung Groß-Berlins hat der Magistrat ein besonderes Butterbureau eingerichtet, welches das Berlin und 21 Nachbargemeinden zuteilende Butterquantum direkt an die einzelnen Butterhändler zur Verteilung bringt.

Die Milchhändler Süddeutschlands sind in Karlsruhe zusammengelommen, um die Milchverteilung in den Städten zu besprechen. Vieles geklagt wurde darüber, daß auch jetzt noch die Milch zurückgehalten und dem Vieh verfüttert wird. Alle Vertreter waren der Ansicht, daß noch reichlich Milch vorhanden sein muß. Darf Erziehung von Milchvieh in den Orten und durch Beförderung eines angemessenen Preises an die Landwirte mehr gefördert werden. Von dem Vertreter Dissenburgs wurde ein Milchlojer Sonntag angeregt, der dort bereits eingeführt sei.